

KOORDINIERUNGSSTELLE

 HANDELN FÜR EINE
**JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT**



16 WEGE ZU MEHR JUGENDGERECHTIGKEIT

GELINGENSBEDINGUNGEN FÜR JUGENDGERECHTE KOMMUNEN



16 WEGE ZU MEHR JUGENDGERECHTIGKEIT

GELINGENSBEDINGUNGEN FÜR JUGENDGERECHTE KOMMUNEN



Grußworte & Einleitung

6

Der bundesweite Prozess
Jugendgerechte Kommunen
2015–2018

10

Jede Kommune ist anders:
Gelingensbedingungen für eine
Jugendgerechte Kommune

18

Fokusgruppen in der
Jugendgerechten Kommune

52

Die Werkzeugbox
Jugend gerecht werden

64

Schlussfolgerungen

68

Anhang

76

Impressum

90



Liebe Leserinnen und Leser,

Sie suchen Antworten auf die Frage, wie Ihre Kommune jugendgerecht(er) werden kann? Mit dieser Broschüre können Sie an einem großen Erfahrungsschatz teilhaben, zusammengetragen in einem dreijährigen Prozess mit 16 unterschiedlichen Kommunen.

Als Bundesjugendministerium setzen wir uns ein für eine jugendgerechte Gesellschaft, und zwar überall: in Dörfern und Quartieren, in Städten und Großstädten, in Regionen und Metropolregionen. Deshalb haben wir den bundesweiten Prozess *Jugendgerechte Kommunen* mit der Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* der AGJ durchgeführt. Dabei ging es nicht darum, die »jugendgerechteste Kommune Deutschlands« zu krönen, sondern Konzepte zu entwickeln, zu erproben und umzusetzen, die auf die unterschiedlichen Bedingungen vor Ort passende Antworten geben. Allen Referenzkommunen gemeinsam war das Ziel, verlässliche Strukturen und Bündnisse zu schaffen. Bündnisse, die dazu beitragen, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich wohlfühlen, dass sie Bildungsangebote nutzen, dass sie sozial teilhaben und demokratisch mitwirken. Die Bilanz dieses Prozesses halten Sie in Händen. Mit den vielen guten Beispielen werben wir für ein positives und ganzheitliches Verständnis von Jugendpolitik auf kommunaler Ebene.

Jugendpolitik ist insbesondere dann erfolgreich, wenn Jugendliche stetig einbezogen werden und es eine echte Partizipationskultur gibt. Im Laufe des Prozesses *Jugendgerechte Kommunen* hatte ich persönlich mehrmals die Gelegenheit, mit Jugendlichen der Referenzkommunen ins Gespräch zu kommen und mir ein Bild von der Arbeit vor Ort zu machen. Die Erfolge der Referenzkommunen zeigen, dass es sich lohnt, den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit gemeinsam zu gehen.

Indem wir Jugendliche stärken und ihre Beteiligung verbessern, stärken wir unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, unsere Demokratie und machen auf diese Weise Deutschland spürbar stärker.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei allen bedanken, die den Prozess unterstützt haben. Mein besonderer Dank gilt dem Team der Koordinierungsstelle. Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre und nützliche Anregungen – für eine Politik für, mit und von Jugend.

Ihre

Caren Marks

Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Liebe Leserinnen und Leser,

eine Gesellschaft, die die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen in den Mittelpunkt stellt, kann nur dann Realität werden, wenn sich alle gesellschaftlichen Akteure dafür verantwortlich sehen.

Auf dem Weg zu einer jugendgerechten Gesellschaft kann die Kinder- und Jugendhilfe vielfältige Chancen für junge Menschen bieten. Sie gestaltet Orte des Aufwachsens, berät, unterstützt und hilft.

Eine Eigenständige Jugendpolitik versteht die Altersphase von 12 bis 27 Jahren als prägenden, eigenständigen Lebensabschnitt. Sie lenkt die politische und öffentliche Aufmerksamkeit auf die Anliegen und Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik (2011–2014) war als breiter Dialogprozess angelegt, den die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ umgesetzt hat. Basierend auf den Ergebnissen dieser Entwicklungsphase war es ein erklärtes Ziel, die Eigenständige Jugendpolitik in der Fläche zu konkretisieren. Dabei stehen Verbesserungen der Lebenslagen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor Ort und deren unmittelbare Beteiligung im lokalen Raum im Mittelpunkt.

Mit dem Ende 2014 begonnenen Prozess *Jugendgerechte Kommunen* sollten die Grundsätze und Handlungsbedarfe einer Eigenständigen Jugendpolitik bundesweit verbreitet und gezielt auf die kommunale Ebene gebracht werden. Begleitet wurde diese Arbeit vom Planungsstab der Koordinierungsstelle, deren Mitgliedern wir für ihre wichtige Unterstützung herzlichst danken. Ziel des Vorhabens war es, die Erarbeitung von Strategien für eine jugendgerechte Gesellschaft und

Politik vor Ort zu unterstützen. Unser Anliegen war es zudem, unterschiedliche Regionen und Kommunen in einen Austausch zu bringen, um die Chance zu eröffnen, dass Akteure der kommunalen Ebene voneinander lernen und junge Menschen ihre konkreten Erfahrungen kommunizieren, mit anderen teilen und neue Ideen aufgreifen können. An dieser Stelle möchten wir uns als Projektträger herzlich bei allen kommunalen Akteuren vor Ort bedanken, die sich mit großem Engagement in den Begleit- und Peer-Learning-Prozess begeben haben.

Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe übernehmen Kommunen eine zentrale, unverzichtbare Aufgabe – ihr Auftrag ist es, gute Bedingungen für das Aufwachsen aller jungen Menschen zu schaffen sowie Zukunftschancen zu gewährleisten. Der Prozess *Jugendgerechte Kommunen* hat verdeutlicht, was vor Ort bewegt werden kann und wie Jugendinteressen in den kommunalpolitischen Blick gerückt werden können. Wir freuen uns, dass die Erkenntnisse aus den *Jugendgerechten Kommunen* nun mit der vorliegenden Publikation Verbreitung finden und hoffen, dass hierdurch auch andere Kommunen motiviert werden, sich auf den Weg zu einer jugendgerechten Kommune zu machen.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre.

Prof. Dr. Karin Böllert
Vorsitzende der AGJ

Peter Klausch
Geschäftsführer der AGJ

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits zu Beginn des Prozesses *Jugendgerechte Kommunen* war klar: Jugend ist für Kommunen ein zentrales Zukunftsthema – und gerade deswegen verlangt es Handeln im Heute. 16 sehr unterschiedliche Kommunen haben sich auf den Weg gemacht, um ganz konkret die Rahmenbedingungen in ihrem Gemeinwesen jugendgerechter auszugestalten. Die Kommunalen Spitzenverbände haben diese Entwicklungen in den Referenzkommunen mit großem Interesse verfolgt. Welche konkreten Weichenstellungen führen dazu, dass eine Kommune ihrer Jugend gerecht wird? Wer gehört zu den relevanten Akteuren? Wie können Veränderungen nachhaltig angegangen und Zielstrategien verankert werden? Die vorliegende Broschüre zeigt nun konkrete Gelingensbedingungen auf, die für viele andere Kommunen hilfreiche Referenzen sein können, seien es große Städte oder ländliche Gemeinden und Landkreise.

Die engagierte Arbeit der 16 beteiligten Kommunen ist in diese Bestandsaufnahme eingeflossen. Deutlich wird, dass sich Jugendpolitik in eine Gesamtstrategische Kommunalpolitik einbetten sollte und kommunale Entscheidungsprozesse die Interessen von Jugendlichen umfassend berücksichtigen sollten. Für eine jugendgerechte Politik müssen sich daher ver-

schiedene Politikfelder vor Ort zusammenfinden und Zielstellungen müssen mehr lebenswelt- und sozialraumorientiert angegangen werden.

Jugendpolitik ist nicht nur ein wesentlicher Faktor zur Zukunftsorientierung, sondern ist ein zentrales Handlungsfeld für die bedarfsgerechte Gestaltung einer Kommune in der Gegenwart. Die Herausforderungen für die Kommunalpolitik sind in den vergangenen Jahren nicht weniger geworden, seien es Themen wie Kita-Ausbau oder Migration und Integration. Die Erkenntnisse aus dem Prozess *Jugendgerechte Kommunen* geben jedoch Anlass, allen Entscheidungstragenden zu verdeutlichen, warum das Thema Jugendpolitik dennoch nicht warten kann.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Stefan Hahn

Deutscher Städtetag

Jörg Freese

Deutscher Landkreistag

Uwe Lübking

Deutscher Städte- und Gemeindebund



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Engagierte für die Jugendgerechte Kommune,

»Jede Kommune ist anders.« Dieser Satz hat nicht nur den dreijährigen Prozess zur *Jugendgerechten Kommune* begleitet, sondern ist auch das Leitmotiv dieser Broschüre: 16 Referenzkommunen in ganz Deutschland, die sich in Größe, Einwohnerzahl, Verwaltungsstruktur, finanzieller Ausstattung, Infrastruktur und vielen andere Punkten unterscheiden, haben sich von 2015 bis 2018 gemeinsam einem Ziel gewidmet: Sie wollen jugendgerechter werden und junge Menschen in den Fokus ihrer Arbeit vor Ort rücken.

Als Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* durften wir diesen Prozess begleiten. Wir konnten im Rahmen der Peer-Learning-Seminare, des Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages 2017 und unzähligen persönlichen Begegnungen und Gesprächen viel darüber lernen, wie es gelingen kann, Jugendpolitik auf kommunaler Ebene zu gestalten – aber auch darüber, wo die großen Hürden und Herausforderungen dafür liegen.

Mit dieser Broschüre legen wir die Ergebnisse des Prozesses vor und bedanken uns sehr herzlich bei den 16 Referenzkommunen, bei den Jugendlichen, den Fachkräften und den Akteuren aus Politik und Verwaltung, die sich auf dieses spannende Projekt eingelassen und uns ihre Erkenntnisse zur Verfügung gestellt haben.

Wie kann Jugendgerechtigkeit gelingen? Welche Bedingungen müssen dafür vorliegen? Welche Akteure sollten mit an Bord sein? Wie können Ergebnisse festgehalten, wie Prozesse optimiert werden? Wie haben die 16 Referenzkommunen das ganz praktisch gelöst und wie können die anderen knapp 11.000 Kommunen in Deutschland davon lernen, auch wenn eben keine Kommune der anderen gleicht? Die Gelingensbedingungen für Jugendgerechtigkeit, die wir Ihnen hier vorstellen, sind keine abgeschlossene Liste mit Anspruch auf Vollständigkeit; vielmehr möchten wir aufzeigen, wie jenseits von Leuchtturm-Projekten und Best-Practice-Beispielen Erfolge erzielt werden können, wenn alle Akteure auf kommunaler Ebene sich zu einem Ziel bekennen: der Jugend gerecht zu werden.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre,

Ihre

Koordinierungsstelle
Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft



Der bundesweite Prozess
**Jugendgerechte
Kommunen**
2015–2018

Eigenständige Jugendpolitik gemeinsam gestalten

Die Eigenständige Jugendpolitik folgt dem Grundsatz, dass die Lebensphase Jugend besonderer politischer Aufmerksamkeit bedarf und fordert dazu auf, gesellschaftliches und politisches Handeln nach den Interessen von allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen auszurichten. Diesem Grundsatz folgend, muss Jugendgerechtigkeit überall, auf allen Ebenen, berücksichtigt werden, um politische Wirkung zu entfalten. Ein Anspruch ist zudem die ressortübergreifende Vernetzung mit anderen Politikfeldern. Um die Grundsätze einer Eigenständigen Jugendpolitik auf kommunaler Ebene zu konkretisieren und strategisch zu erproben, wurde der bundesweite Prozess *Jugendgerechte Kommunen* initiiert.

16 kommunale Wege zu mehr Jugendgerechtigkeit

16 Referenzkommunen aus dem gesamten Bundesgebiet machten sich von 2015 bis 2018, begleitet von der Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft*, auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit. Jede Kommune hat ganz eigene Rahmenbedingungen aufgrund ihrer geografischen Lage, ihrer Größe, ihrer politischen und gesellschaftlichen Verfasstheit sowie weiterer prägender Faktoren. So unterschiedlich die finanziellen, strukturellen oder personellen Voraussetzungen für jugendpolitische Veränderungen sind – die 16 Kommunen eint die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft jugendgerechter werden muss. In Städten und Dörfern, Gemeinden und Landkreisen gestalteten kommunale Akteure gemeinsam mit Jugendlichen und den politisch Verantwortlichen je eigene Prozesse mit individuellen Zielen. Dahinter steht der Grundsatz, dass die Kommunen die Lebensrealitäten dort, wo die Jugendlichen leben, am besten gestalten und die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen vor Ort bedarfsgerecht verbessern können.

Einblicke in den Kommunalprozess: Vorgehen und Akteure

Um den ganz unterschiedlichen Herausforderungen und Besonderheiten der beteiligten Kommunen gerecht zu werden, bedurfte es in jeder Kommune eines eigenen Fahrplans. Grundlegend für die Prozessplanungen in den Kommunen war eine Bestandsanalyse – die Kommunen waren gebeten, anhand von Leitfragen unter Mitwirkung von Jugendlichen und in Zusammenarbeit mit weiteren lokalen Akteuren den Ist-Stand vor Ort aufzubereiten. Auf dieser Grundlage wurde systematisch die Situation vor Ort betrachtet und wurden Handlungsbedarfe festgestellt, die zur Verabredung gemeinsamer Ziele, Schwerpunktthemen und letztlich eines Prozessplanes für den Zeitraum von 2016 bis 2018 führten. Im Zusammenspiel von Jugendlichen, Fachkräften, Politik und Verwaltung wurden so individuelle, auf die jeweiligen Bedarfs- und Ressourcenlagen vor Ort angepasste Pläne für mehr Jugendgerechtigkeit erarbeitet. Die Zusammensetzung der involvierten Netzwerkakteure war von Kommune zu

Kommune sehr verschieden: In der Regel waren das Jugendamt und Träger der freien Jugendhilfe vertreten. In einzelnen Kommunen wurden von Beginn an auch Mitglieder der Kommunalparlamente, leitende Mitglieder der Verwaltungsspitze, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fachbereiche, der Wirtschaft und städtischer Versorgungsunternehmen, Mitarbeiter/-innen der Agentur für Arbeit, der Schulen, der Jugendringe, Jugend- und Vereinsvertreter/-innen, Stiftungen und weitere Akteure involviert. Neben der Orientierung an den Jugendinteressen wurde in den Prozessen vor Ort unter anderem die strukturelle Verankerung von Jugendgerechtigkeit in den Blick genommen, um die Kommunalpolitik nachhaltig jugendgerecht auszurichten. Die Koordinierungsstelle unterstützte die Kommunen bei der Prozessplanung und bei Veranstaltungen vor Ort. Die Beteiligung von Jugendlichen an der Umsetzung war von Beginn an ein festes Element der regionalen Aktivitäten.



Die 16 Referenzkommunen



Fachaustausch und Qualifizierung

In einem gemeinsamen Peer-Learning-Prozess hatten die kommunalen Akteure die Gelegenheit, themenbezogen voneinander zu lernen. Die konkrete Arbeit sowie die Kernthemen und besonderen Herausforderungen der Kommunen wurden in fünf Seminaren thematisiert, die sowohl Fortbildungscharakter hatten als auch Orte des Austauschs für die Kommunen boten. Fragen, die hier gemeinsam bearbeitet wurden waren beispielsweise, wie Jugendbeteiligung etabliert und eine alltägliche Beteiligungskultur hergestellt werden kann und was nötig ist, um Jugendpolitik als Querschnittsthema zu verankern. Am Qualifizierungsangebot nahmen jugendliche und erwachsene Vertreterinnen und Vertreter zusammen teil. Mehr Informationen zu den Inhalten des Peer-Learning-Prozesses finden sich auf der Webseite jugendgerecht.de.

Zentrale Handlungsbedarfe der Referenzkommunen

- **Jugendbeteiligung** gemeinsam mit Jugendlichen gestalten, etablieren und legitimieren – Jugendliche ernst nehmen und eine alltägliche Beteiligungskultur herstellen
- **Jugendpolitik als Querschnittsthema** verankern und in alle Fachbereiche bringen – für eine gemeinsame Haltung und Handlung aller Akteure und Fachbereiche wirken
- **Wertschätzung und Respekt:** Jugendliches Engagement anerkennen, eine realistische Darstellung und Wahrnehmung von Jugendlichen in Politik, Medien und Öffentlichkeit fördern
- **Information, Kommunikation und Transparenz:** jugendrelevante Angebote, Rechte und Themen bündeln, Aufbereitung in jugendgerechter Sprache, neue Zugänge und Kommunikationswege schaffen, Dialog zwischen Politik und Jugend herstellen
- **Bündnis für Jugend – lokale Akteure vernetzen:** Jugendliche, Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe, Verwaltung, Politik, Schulen, Wirtschaft, Wohnungsgesellschaften, Flüchtlingshilfe, Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften etc.
- **Mobilität:** z. B. alternative Mobilitätskonzepte erarbeiten, besonders relevant in dünn besiedelten Räumen
- **Räume:** eigene Räume für Jugendliche anbieten und Mitgestaltung ermöglichen
- **Wohnen:** akzeptablen Wohnraum für Jugendliche ohne großes Einkommen schaffen
- **Budget:** u. a. mehr finanzielle und personelle Ressourcen, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit, zur Verfügung stellen
- **Vernetzung** von Schulen, Akteuren der Bildungslandschaft und Jugendberufsagenturen vor Ort

Merkmale Jugendgerechter Kommunen

Viele Bereiche, die Jugendliche direkt betreffen, werden kommunal beraten und entschieden – das gilt sowohl für Freizeitangebote als auch für Bau- und Infrastrukturplanungen, für Bildung und Ausbildung. Die Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollten bei allen Prozessen berücksichtigt werden, die ihre gegenwärtigen und zukünftigen Lebenslagen betreffen.

Zentrale Aspekte zur Beschreibung von Jugendgerechtigkeit wurden bereits 2014 zum Ende des Entwicklungsprozesses der Eigenständigen Jugendpolitik als Merkmale Jugendgerechter Kommunen dargelegt und für die Referenzkommunen in Leitfragen übersetzt. Die Merkmale bilden die Lebenswelt Jugendlicher

ressortübergreifend ab und sind daher in vier Handlungsfeldern verortet, die zu einem breiten Verständnis von Jugendgerechtigkeit anregen:

- **Heimat für Jugend sein:** Räume und Wege eröffnen
- **Zukunft bieten:** Bildung und Arbeit ermöglichen
- **Politik mit und von Jugend unterstützen:** Teilhabe anbieten, Beteiligung ermöglichen, Vielfalt schätzen
- **Strukturen für Jugend verbessern:** Leitlinien, Qualifizierung und Bündnisse verankern

Die vorliegenden Merkmale liefern wichtige Ausgangspunkte für die Konzeption von kommunalen Gestaltungsprozessen. Die Referenzkommunen nutzten sie als Handlungsgrundlage für ihre eigenen Betrachtungen und Entwicklungsprozesse.





HEIMAT FÜR JUGEND SEIN: RÄUME UND WEGE ERÖFFNEN

Jugendliche und junge Erwachsene erleben ihre Kommune auf eine ganz eigene Art und Weise. Sie haben Erwartungen an den öffentlichen und privaten Raum, die nicht immer mit den Vorstellungen von älteren Menschen übereinstimmen. Gleichzeitig haben sie oft nur geringe eigene Ressourcen, um ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Sie sind daher auf Kreativität und Unterstützung seitens der Kommune angewiesen.

- Jugendliche leben gerne in der Kommune, sie identifizieren sich, bleiben oder kommen wieder.
- Die Kommune hat Platz für Jugendliche. Sie haben eigene Räume, die ihren Bedürfnissen nach Freizeit, Spiel und Erholung gerecht werden. Diese Räume gibt es sowohl in Jugendzentren als auch in selbstverwalteten Formen, die nach Bedarf von der Kommune unterstützt werden. Diese Räume sind in den Kommunen gut erreichbar.
- Akzeptabler Wohnraum ist auch für Jugendliche ohne großes Einkommen verfügbar.
- Jugendliche sind in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, sie werden respektiert und wertgeschätzt. Es gibt eine lebendige Jugendkultur.
- Jugendlichen wird ein Perspektivwechsel durch die Unterstützung grenzüberschreitender Mobilität ermöglicht.
- Jugendliche Mobilitätsanforderungen werden bei Verkehrsplanung und ÖPNV-Ausbau vor Ort erfragt und berücksichtigt. Ein schneller Internetanschluss sichert die Verbindung Jugendlicher über ihre Orts-grenzen hinweg.



ZUKUNFT BIETEN: BILDUNG UND ARBEIT ERMÖGLICHEN

Jugendliche brauchen Perspektiven und Angebote, um ihren eigenen Weg zu finden und ihren Interessen nachgehen zu können. Sie lernen nicht nur in der Schule, sondern auch an außerschulischen Bildungs-orten in ihrer Freizeit. Und sie brauchen die Zuversicht, dass ihre (berufliche) Zukunft aussichtsreich ist und von ihnen selbst gestaltet werden kann.

- Alle Jugendlichen haben Zugang zu schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsangeboten. Dazu gehören neben den Angeboten der Träger der freien und der öffentlichen Jugendhilfe und der Jugendorganisationen auch die Angebote der Sportvereine. Zum Zugang gehört auch eine möglichst gute Erreichbarkeit dieser Lern- und Bildungs-orte. Erschwerte Zugänge durch finanzielle Situationen und soziale Herkunft werden durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen.
- Die Kommune engagiert sich für eine möglichst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dafür arbeiten Schulen, Unternehmen und Politik zusammen. Im Austausch mit Berufserfahrenen und über Praktika lernen Schülerinnen und Schüler die Arbeitswelt frühzeitig kennen und erhalten Beratung und Unterstützung bei der Suche nach Arbeits-, Ausbildungs- und Studien-plätzen. Die Schulen vernetzen sich mit den Trägern der freien und der öffentlichen Jugendhilfe, die informelle und non-formale Bildung anbieten.



POLITIK MIT UND VON JUGEND UNTERSTÜTZEN: TEILHABE ANBIETEN, BETEILIGUNG ERMÖGLICHEN, VIELFALT SCHÄTZEN

Die Jugend gibt es nicht. Jugendliche haben individuelle Interessen und Bedürfnisse, ihre Lebenswelten sind vielfältig. Sie wollen sich einbringen und ihre Umgebung mitgestalten. Sie wollen gesehen, gefragt und gehört werden.

- Jugendliche können und sollen in der Kommune teilhaben. Sie wissen, welche Personen dafür verantwortlich sind, Informationen werden einfach zugänglich bereit gestellt, und Beteiligungsformate für alle Jugendlichen sind verankert und etabliert. Junge Menschen werden in Planungen, Entwicklungen und Entscheidungen der Kommune verbindlich einbezogen. Sie haben Gestaltungsmacht und werden ernst genommen.
- Es gibt geregelte Beschwerdeverfahren für Jugendliche. Sie kennen ihre Rechte und werden bei der Umsetzung ihrer Rechte unterstützt.
- Die Vielfalt der Jugendlichen wird gesehen, wertgeschätzt und berücksichtigt, ungeachtet ihres sozialen Hintergrunds, ihres Bildungsgrads, ihrer körperlichen Verfassung oder ihrer sexuellen Identität und Orientierung. Dies gilt insbesondere für die kulturelle Vielfalt, auch von geflüchteten Jugendlichen. Vorurteile werden durch Begegnungen und engen, regelmäßigen Kontakt zwischen Politik und Jugend abgebaut.



STRUKTUREN FÜR JUGEND VERBESSERN: LEITLINIEN, QUALIFIZIERUNG UND BÜNDNISSE VERANKERN

Jugendliche erwarten verlässliche Strukturen und verbindliche Zusagen. Deshalb braucht eine jugendgerechte Kommune Strategien, die Nachhaltigkeit garantieren. Dazu gehören Qualifizierungsmaßnahmen für Politik und Verwaltung ebenso wie die Gründung eines breiten Bündnisses für Jugend, das Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft mit einbezieht.

- Jugendpolitik ist ein wichtiges Thema in der Kommune. Dafür wird ein eigenes Budget bereitgestellt. Die Kommune hat ein Leitbild *Jugendgerechtigkeit*, welches regelmäßig überprüft und angepasst wird, um Änderungen der Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen gerecht zu werden. Der Grad der Jugendgerechtigkeit einer Kommune braucht zudem fest verankerte Strukturen und viele Partner.
- Politik und Verwaltung bilden sich regelmäßig zu Jugendbeteiligung und jugendlichen Lebenswelten weiter.
- Jugendhilfeplanung bezieht alle Lebensbereiche junger Menschen ein. Die Anliegen Jugendlicher werden auch in andere Planungsprozesse einbezogen.
- Bei allen jugendrelevanten Angelegenheiten werden jugendliche Belange sowie ihre Zukunftsinteressen berücksichtigt. Dafür braucht Jugendpolitik eine gemeinsame Strategie der politischen Ressorts.
- Alle relevanten Akteure (z. B. Jugend, Schule, Vereine/Verbände, Wirtschaft, lokale Medien, Politik und Verwaltung) wirken zusammen in einem Bündnis für die Jugend vor Ort. Dieses soll stabil und kurzfristig handlungsfähig sein.



Jede Kommune ist anders

Gelingsbedingungen
für eine Jugendgerechte
Kommune

16 Kommunen – das sind 16 und noch mehr Wege zu und Vorstellungen von mehr Jugendgerechtigkeit. Es gibt also nicht das eine, richtige Modell, das für alle Kommunen zur Anwendung kommen kann. Es sind viele Faktoren, die einen Einfluss darauf haben, wie eine Kommune jugendgerechter werden kann: Ist sie eine Großstadt – oder eine kleine Kommune im ländlichen Raum? Wird jugendliches Engagement eher ehrenamtlich getragen – oder gibt es hauptamtliche Unterstützung? Gibt es ein breites Bündnis aus Menschen und Institutionen, die gemeinsam für Jugendgerechtigkeit eintreten? Ist eine Kommune finanziell gut ausgestattet – oder gibt es wirtschaftliche Herausforderungen? Welches Jugendbild herrscht in der Kommune vor? Auf welche Grundbedingungen trifft das Vorhaben, den Fokus des politischen Handelns auf Jugend vor Ort zu legen?

Die Kommunen sind deshalb nicht als 16 Modellkommunen oder Leuchttürme zu verstehen. Bei der Auswahl im Jahre 2015 wurde darauf geachtet, möglichst die gesamte Bandbreite der kommunalen Vielfalt in Deutschland abzubilden, auch in Bezug auf die unterschiedlich ausgeprägten Strukturen im Jugendbereich. Das Projekt *Jugendgerechte Kommune* war deshalb von Beginn an als ein Peer-Learning-Prozess konzipiert, im Rahmen dessen die Kommunen bei aller Unterschiedlichkeit voneinander und miteinander lernen und eigene Ideen und Projekte aus dem, was bereits vor Ort lief, entwickeln konnten. Diese 16 Kommunen sind aufgrund ihrer Verschiedenheit mögliche Referenzen für andere Kommunen, die sich auf den eigenen Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit machen wollen – deshalb sind es *Referenzkommunen*. Die Erfahrungen werden im Folgenden als Gelingensbedingungen beschrieben und spiegeln die Erkenntnisse aus den Kommunen wider. Sie sind keine abgeschlossene Liste, sondern eine Bestandsaufnahme nach drei Jahren engagierter Arbeit in den Kommunen und intensivem Austausch im Peer-Learning-Prozess.

Jugendgerechtigkeit ist eine Handlungsfrage

Der Erfolg jugendgerechter Strategien in einer Kommune ist nicht nur von eher kognitiven Faktoren wie beispielsweise der Qualität der Argumente oder der Brillanz der Ideen abhängig, sondern auch – und zwar entscheidend – von der Haltung der beteiligten Akteure. Die Grundeinstellung, mit der Politik, Verwaltung, Fachkräfte und auch Jugendliche Herausforderungen angehen, prägt den Blick: Wird vor Problemen kapituliert? Werden kreative Lösungen gesucht? Wird ein Thema hartnäckig und mit Leidenschaft vorgetragen, oder wird schnell resigniert abgewunken? Eine durch jugendgerechte Haltung geprägte Kommune reagiert offen auf die Anliegen Jugendlicher, unterstützt diese beim Eintreten für ihre Interessen und setzt ihr Wissen und ihre Kompetenz ein, um Lösungen zu finden. Dabei geht es nicht darum, die Anliegen Jugendlicher kritiklos zu übernehmen. Vielmehr tritt eine jugendgerechte Verwaltung als zugewandte, informierte und lösungsorientierte Gesprächspartnerin auf. Diese Grundeinstellung zeigt sich dabei im konkreten Handeln, nicht in bloßen Willensbekundungen. Die gute Nachricht: Eine Haltung ist entwickelbar. Gelingende Begegnungen mit Jugendlichen können helfen, Vorurteile und Klischees abzubauen und jugendliches Engagement als bereichernd und nützlich für die eigene Arbeit in der Kommune zu erkennen.

AUS DER PRAXIS

In den Referenzkommunen war eine große Bandbreite an Haltungen erlebbar. Einige Kommunen hatten bereits zu Prozessbeginn eine ausgeprägte jugendgerechte Einstellung in Politik und Verwaltung, die im Prozessverlauf noch mit neuen Erfahrungen untermauert wurde, andere Kommunen haben durch den Prozess zu einer neuen Haltung gefunden, die näher an den Bedürfnissen junger Menschen ist als vor Prozessbeginn. Dies gelang jedoch nicht überall.

Als ein Beispiel für eine bereits vorhandene jugendgerechte Haltung kann die Stadt Dreieich betrachtet werden: Dort gab es 2015 bereits ausgeprägte Erfahrungen mit offener Jugendbeteiligung über Jugendforen. Die Stadt finanziert zudem mehrere Jugendzentren mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten, um möglichst vielen Jugendlichen passende Angebote zu machen. Zu Prozessbeginn wurde auf Anregung des letzten Jugendforums ein Jugendparlament als dauerhafte Beteiligungsform gegründet. Die Jugendlichen haben die organisatorischen Vorbereitungen gemeinsam mit Mitarbeitenden der Jugendförderung der Stadt unternommen, die Stadt wiederum hat dem Jugendparlament Rede- und Antragsrechte im Sozialausschuss eingeräumt. Das Jugendparlament, welches mittlerweile in der zweiten Legislaturperiode arbeitet, wird als eigenständiges kommunalpolitisches Gremium der Stadt verstanden und durch die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter der Jugendförderung in seiner Arbeit unterstützt. Das Jugendparlament hat sich im Prozess als engagierter Akteur erwiesen und agiert mittlerweile sehr selbstverständlich als Sprachrohr der Jugend in kommunalpolitischen Kontexten. Es steht im Dialog mit

Die deutlichste Wirkung des Prozesses *Jugendgerechte Kommune* in Bad Segeberg ist für mich der Wandel im Bewusstsein der Bad Segeberger gewesen. *Jugend* ist nun ein wichtiger Partner in der Stadtentwicklung. Den Jugendlichen ist deutlich geworden, dass es Sinn macht, sich für ihre Belange einzusetzen. Politik und Verwaltung nehmen das Engagement junger Menschen ernst. Jugendarbeit ist unverzichtbar für eine nachhaltige und moderne Entwicklung Bad Segebergs.

DIRK GOSCH, AMT FÜR KULTUR UND TOURISTIK IN BAD SEGEBERG

Politik und Verwaltung, um die Anliegen der Jugendlichen zur Umsetzung zu bringen. Der politische Wille des Stadtrats und des Bürgermeisters, das von den Jugendlichen gewünschte Beteiligungsformat angemessen auszustatten und zu unterstützen, ohne es dabei zu bevormunden, war dabei sehr förderlich.

Bad Segeberg hat den Prozess genutzt, um Akteure aus Politik und Verwaltung noch einmal neu für das Thema Jugendgerechtigkeit zu sensibilisieren. Auch hier gab es bereits langjährige Erfahrungen mit Jugendbeteiligung in Form eines Jugendbeirats. Im Prozessverlauf konnte das jugendliche Engagement durch professionelle Unterstützung noch einmal fokussiert werden. Dies führte zu einer höheren Sichtbarkeit der Jugendinteressen sowie zur ernsthafteren Auseinandersetzung und Lösungssuche für Jugendfragen, zu einer Revitalisierung der Beteiligungsstruktur und zur Verstetigung der entsprechenden Personalstelle in der Jugendarbeit. Wichtig für den Erfolg war dabei auch die engagierte Unterstützung des Prozesses durch die Leitung des Sozial- und Kulturausschusses, die das Thema in der Verwaltungsspitze mit persönlichem Engagement einbrachte.

Da Haltung auch aus eigenen Erfahrungen entsteht, war zum Teil bei ausbleibendem unmittelbarem Erfolg eine Resignation der beteiligten Erwachsenen spürbar,

die sie auch an die Jugendlichen übertragen haben – »Das hat also wieder mal nicht geklappt«. Ebenso konnte beobachtet werden, dass erwachsene Fachkräfte den Jugendlichen zum Teil suggeriert haben, dass diese ihre Ansprüche niedrig halten sollten, da man ohnehin keine großen Veränderungen erreichen könne. Auch das ist Ausdruck einer durch Erfahrung geprägten Haltung, die jedoch wenig positive Energie in einem Prozess freisetzt.

KURZ UND KNAPP

-
- **Haltung prägt die Erfolgserwartung bei der Bearbeitung von Jugendthemen.**
-
- **Durch gute gemeinsame Erfahrungen wirksamer Beteiligungsprozesse kann eine jugendgerechte Haltung entstehen und gefestigt werden.**
-
- **Politik, Verwaltung und Fachkräfte mit negativen Erfahrungen oder Einstellungen in Bezug auf Jugendthemen können Bestrebungen für eine jugendgerechtere Kommunalpolitik lähmen.**

Jugendgerechtigkeit ist eine gemeinsame Aufgabe



In jeder Kommune sind zahlreiche Menschen direkt oder indirekt mit Jugendlichen befasst. Oftmals haben diese Menschen wenig oder gar keinen Kontakt miteinander, sie wissen zum Teil noch nicht einmal voneinander. Jugendgerechtes Handeln in einer Kommune bedeutet auch, dass Netzwerke entstehen, deren Mitglieder ihre Arbeit aufeinander beziehen, voneinander profitieren und ihre Ergebnisse so wirkungsvoller und effektiver auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen hin ausrichten. Die Errichtung und Aufrechterhaltung dieser Netzwerke ist jedoch mit viel Arbeit verbunden, und es braucht einen Kern, der die Fäden zusammenhält und zur Weiterarbeit motiviert. Netzwerkarbeit benötigt zudem einen verantwortungsbewussten Umgang mit der (bei den meisten Akteuren knappen) Ressource Zeit.

AUS DER PRAXIS

Die Hansestadt Rostock hat mit dem *Bündnis für Jugend* ein großes Netzwerk aus öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Jugendlichen geschaffen, welches mit thematischen Arbeitsgruppen ein arbeitsfähiges Format gefunden hat, um zwischen den Treffen des gesamten Netzwerks Inhalte weiterzuentwickeln. Das Jugendamt der Stadt hat dabei die Funktion, die unterschiedlichen Fäden zu bündeln und das Netzwerk lebendig zu halten. Hier zeigt sich auch, wie gut ressortübergreifende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene funktionieren kann: Das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft ist Teil des Bündnisses und hat konkrete Bedarfe junger Menschen in Beteiligungsformate im urbanen Raum übersetzt, zum Beispiel bei der Planung des neuen Stadthafens.

Die Nachhaltigkeitsregion 5G ist ein Zusammenschluss aus fünf benachbarten Gemeinden, die noch dazu aus zwei verschiedenen Landkreisen stammen. Die Nachhaltigkeitsregion hat sich zusammengeschlossen, um ihre Gemeinden für die Herausforderungen der Zukunft und des demographischen Wandels bestmöglich vorzubereiten. Die Zuständigkeit für die Nachhaltigkeitsregion ist direkt bei den jeweiligen Bürgermeistern angesiedelt, die im regen Austausch mit ihren Amtskollegen stehen. Die Verantwortlichen für Jugendthemen, zum Beispiel aus dem Jugendbüro, sitzen ebenfalls regelmäßig mit den Bürgermeistern zusammen, um sich zu gemeinsamen Aktivitäten auszutauschen und zu vernetzen. Da die Anzahl der beteiligten Akteure überschaubar ist, braucht es hier auch keine stark formalisierte Struktur – die Themen lassen sich im Zwiegespräch oder in der gesamten Runde klären. In anderen Kommunen ist es hingegen trotz Bemühungen nicht vollständig gelungen, alle Akteure einzubinden: So fanden etwa in einer Kommune mehrere Prozesse zu Jugendpolitik und Jugendarbeit parallel

zueinander statt, ohne sich aufeinander zu beziehen. In Entscheidungen wurden nicht alle relevanten Akteure des Arbeitsfeldes rechtzeitig einbezogen, was Unverständnis und Resignation und bisweilen auch ernsthafte Konflikte nach sich gezogen hat.

KURZ UND KNAPP

-
- **Alle relevanten Akteure müssen identifiziert und zumindest informiert sein, was den Prozess und seine Entwicklungen und Ziele betrifft.**
-
- **Netzwerke sollten offen, verbindlich und nachhaltig gestaltet werden, also nicht nur projektbezogen agieren.**
-
- **Netzwerkarbeit bedeutet sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen aller Beteiligten.**
-
- **Arbeitsformen müssen auf die Situation vor Ort angepasst werden.**



Eine Kommune jugendgerechter zu machen bedeutet, dass Politik und Verwaltung Jugendliche als eine eigenständige und ernstzunehmende Interessensgruppe innerhalb der Bevölkerung anerkennen. Eine Interessensgruppe mehr berücksichtigen zu müssen, macht die Arbeit von Politik und Verwaltung nicht leichter aber letztendlich profitiert eine Kommune davon, wenn sie von und mit jungen Menschen attraktiv gestaltet wird.

PATRICK BESSLER, JUGENDPFLEGER IN DREIEICH

Jugendgerechtigkeit braucht Jugendliche, Fachkräfte, Verwaltung und Politik

Die Idee, das Handeln einer Kommune mithilfe eines koordinierten Vorgehens jugendgerechter zu machen und die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, kann an unterschiedlichen Stellen in einer Kommune seinen Ausgangspunkt nehmen – bei den Jugendlichen und den sie begleitenden Fachkräften, die ihren Themen mehr Gehör verschaffen wollen, oder bei Verwaltung und Politik, die in Jugendgerechtigkeit eine Chance für ihre Kommune erkennen. Egal, ob ein Prozess bottom-up, also aus der Jugend vor Ort heraus, oder top-down aus dem Rathaus gestartet wird: Wenn nicht Akteure aus allen vier Fokusgruppen beteiligt werden, fehlen dem Prozess wichtige Perspektiven und Einblicke in die Stadt. Dabei ist es nicht zwingend notwendig, dass sich alle Akteure aus der gleichen Motivation heraus für Jugendgerechtigkeit interessieren – wichtig ist, dass alle Akteure eingebunden werden und Schnittmengen im Handeln finden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen.

AUS DER PRAXIS

In der Stadt Fürth koordiniert das Jugendamt den stetigen Austausch mit Stadtratsmitgliedern, Jugendeinrichtungen und Jugendlichen. Im Prozess waren alle vier Fokusgruppen bei der Status-Quo-Analyse, der Zielformulierung und der abschließenden Auswertung beteiligt und eingebunden. Dazu gab es intensiven informellen Austausch quer durch die Fokusgruppen, unterstützt durch Begegnungsformate wie *Wortwechsel*, bei dem alle genannten Akteure aktiv partizipierten und sich so auch kennen und schätzen gelernt haben. Dadurch tritt die jugendpolitische Landschaft in Fürth sehr geschlossen und solidarisch auf, wenn es um aktuelle Herausforderungen geht.

Auch im Landkreis Sömmerda spielt das Jugendamt eine zentrale Rolle. Dort ist Jugendgerechtigkeit als Thema auf allen Hierarchieebenen präsent und wird aktiv unterstützt. Kontakte zwischen Jugend, Fachkräften und Politik werden aktiv ermöglicht und angeregt und von allen Beteiligten als sehr wertschätzend wahrgenommen.

In der Hansestadt Rostock sind zahlreiche Akteure mit dem Thema Jugend befasst. Die Stadt hat sehr früh erkannt, dass das geplante Bündnis für Jugend nur gelingen kann, wenn sich alle Fokusgruppen einbringen können. Deshalb sitzen diese bunt gemischt in den thematischen Arbeitsgruppen des Bündnisses, damit dort die Vielfalt der Perspektiven ein möglichst vollständiges Bild der aktuellen Fragestellungen und denkbarer Lösungen ermöglicht.

In Dreieich gab es von Beginn an sowohl engagierte Jugendliche als auch den politischen Willen, sich am Prozess zu beteiligen und Dreieich jugendgerechter zu machen. Die Jugendförderung konnte ihre



„
 Junge Menschen sollen auch in Rostock mehr mitbestimmen können. Nicht nur weil Jugend »Zukunft ist«, sondern weil die jungen Menschen schon jetzt ein wesentlicher Teil der (Stadt-)Gesellschaft sind. Ich freue mich, dass wir das Thema *Jugendgerechte Kommune* in Rostock themen- und ressortübergreifend angehen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Akteure war ein wichtiger Gelingensfaktor und hat gezeigt, dass alle Seiten dabei wachsen, voneinander lernen und profitieren. Wichtig ist, dass die Jugendlichen ernst genommen werden und den Dialogen und Ideenschmieden auch konkrete Taten und sichtbare Ergebnisse folgen.

KATRIN SCHANKIN, JUGENDKOORDINATORIN BEIM ROSTOCKER STADTJUGENDRING

Doppelrolle als Trägerin von Jugendeinrichtungen und Teil des Jugendamts sinnvoll nutzen, um hier die Interessen aller Beteiligten zusammenzuführen und sinnvolle neue Partnerschaften zu schließen. Die kurzen Wege in einer mittelgroßen Stadt und das Engagement der Jugendlichen, auch an Sitzungen der Kommunalpolitik teilzunehmen, haben den kooperativen Umgang miteinander befördert. So konnte Vertrauen wachsen, welches auch durch kleinere Krisen nicht nachhaltig beschädigt wurde.

In einer Kommune in der ländlichen Gegend gelang es nicht, alle Fokusgruppen einzubinden, und der Prozess blieb größtenteils bei den Fachkräften und dem Jugendamt verortet. Dies war hinderlich für die Umsetzung jugendgerechter Anliegen, einige Ideen sind verstanden. Es gelang kaum, Jugendliche über Befragungen hinaus einzubinden, auch politisch entstand kein Veränderungsimpuls.

KURZ UND KNAPP

-
- **Die Verwaltung ist oftmals als Mittlerin und Koordinatorin gefordert, um alle Fokusgruppen einzubinden und kontinuierlich zu informieren und ggf. zu aktivieren.**
-
- **Wenn einzelne Fokusgruppen nicht am Prozess teilhaben, verringert dies die Umsetzungswahrscheinlichkeit. Dies gilt für jede einzelne der vier Fokusgruppen – Politik, Verwaltung, Fachkräfte, Jugendliche.**
-
- **Die Perspektiven auf die Kommune unterscheiden sich deutlich zwischen den einzelnen Fokusgruppen. Jede Perspektive hat ihre Gültigkeit und kann den Prozess bereichern, wenn ein konstruktiver Umgang mit dieser Vielfalt gefunden wird.**

Jugendgerechtigkeit muss verankert werden

Jugendgerechtes Handeln als Ziel und Prozess entspringt oftmals aus der Motivation einzelner Akteure in einer Kommune, welche sich das Thema zur Aufgabe machen. Diese Initiativen – so löblich sie auch sind – werden zwar oftmals aus dem eigenen Aufgabenbereich abgeleitet, sind jedoch nicht systematisch in Arbeitsplatzbeschreibungen oder Konzepten hinterlegt. Dies macht Strategien für jugendgerechtes Handeln allerdings weniger verbindlich und anfällig für Personalwechsel. Wenn bestimmte Verfahren und Vorstellungen für Jugendgerechtigkeit dauerhaft wirken sollen, müssen diese Verfahren in die Struktur einer Kommune eingeschrieben werden. Die Wege dahin sind sehr unterschiedlich: Das Kommunalparlament kann sowohl Leitbilder als auch konkrete Maßnahmen beschließen und über das Haushaltsrecht auch mit Stellen und Finanzierung hinterlegen. Das Bürgermeisterbüro kann über Dienstanweisungen und die

Umgestaltung von Strukturen und Gremien (Stabsstellen, ressortübergreifende Arbeitsgruppen, ...) Jugendgerechtigkeit als Maßgabe des kommunalen Handelns setzen. Die Verwaltung kann über die Jugendhilfeplanung, die Sozialraumplanung oder Förderrichtlinien und Zielvereinbarungen Themen und Arbeitsweisen einbringen und so auch verbindlich für Träger machen, die durch die Kommune finanziert werden.

AUS DER PRAXIS

Die Stadt Hannover hat die dortigen Aktivitäten unter dem Titel *Jugend lebt Stadt* in das Stadtentwicklungskonzept 2030 aufgenommen und somit im langfristigen strategischen Handlungsrahmen der Stadt fest verortet. Diese Anbindung verleiht dem Prozess mehr politisches Gewicht und ist zudem mit Haushaltsmitteln unterlegt.



Die Teilnahme am Prozess *Jugendgerechte Kommune* war für uns sehr wertvoll. Für Verwaltung und Gemeinderat ergab sich eine ganz neue Perspektive auf die Lebensrealität der Jugendlichen in unserer Gemeinde. Durch den in Gang gesetzten Dialog auf Augenhöhe wiederum hat sich die Bereitschaft der Jugendlichen verstärkt, sich in unser Gemeinwesen einzubringen.

RALF ULBRICH, BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE DEISSLINGEN (5G)



Im Kreis Steinfurt wird Jugendgerechtigkeit mit den kreisangehörigen Gemeinden und kreisweiten Akteuren bilateral in Vereinbarungen zwischen dem Kreisjugendamt und den teilnehmenden Kommunen definiert und festgehalten. Diese Form der Selbstverpflichtung macht die je eigenen Ziele im Bereich Jugendgerechtigkeit für Jugendliche und Erwachsene vor Ort transparent; gleichzeitig ist das Kreisjugendamt als Partner in der Selbstverpflichtung in der Lage, bei Bedarf Unterstützung und Beratung anzubieten. Für die Fortsetzung der eigenen Aktivitäten wird die Verankerung des Vorhabens *Jugendgerechte Kommune* über einen Beschluss des Kreisjugendhilfeausschusses angestrebt. Im Landkreis Merzig-Wadern wird die Ansiedlung der Geschäftsführung des Jugendhilfeausschusses im Sachgebiet Jugendarbeit als sehr positiv für die Verankerung von Jugendgerechtigkeit bewertet.

In Tempelhof-Schöneberg wurden jugendgerechte Merkmale sowohl in der partizipativ erstellten integrierten Jugendhilfeplanung als auch in der *Rahmenkonzeption Jugendarbeit* festgeschrieben. Jugendgerechtes Handeln ist dadurch automatisch Teil der Zielvereinbarungsprozesse mit den Fachkräften, politisch bestätigt durch den Jugendhilfeausschuss, angebunden an Jugendliche über die Beteiligung des Kinder- und Jugendparlaments und koordiniert und umgesetzt durch die Verwaltung.

Auch in Trier findet sich der Ansatz, Jugendgerechtigkeit ganz konkret in die alltägliche Arbeit einfließen zu lassen. So ist Jugendbeteiligung (als ein Merkmal jugendgerechter Kommunen) nun eine Vorgabe in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Stadt mit den Trägern der freien Jugendhilfe.

In den fünf zur Nachhaltigkeitsregion 5G zusammengeschlossenen Gemeinden in Baden-Württemberg wurden im Zuge der Verankerung von Jugendgerechtigkeit in allen Gemeinderäten Beschlüsse gefasst, die eine weitere Beschäftigung mit Jugend in der Kommune sichern und damit auch den politischen Willen der Beteiligten ausdrücken.

KURZ UND KNAPP

-

➤ **Verankerung kann sowohl auf politischer Ebene durch neue Beschlüsse als auch durch Anpassungen in bereits bestehenden verwaltungsinternen Prozessen umgesetzt werden.**

.....
- **Diskussionen um Verankerung liefern Anlässe, die eigenen Vorstellungen von Jugendgerechtigkeit in einer Kommune auszuhandeln, zu konkretisieren und zu operationalisieren.**

.....
- **Verankerung macht jugendgerechte Prozesse unabhängiger von Personalwechseln und veränderten politischen Mehrheiten.**

Jugendgerechtigkeit braucht kohärentes Handeln

In der Regel ist das Vorhaben, eine Kommune jugendgerechter zu machen, für Engagierte vor Ort keine richtig neue Idee: Jugendverbände und Jugendringe sind aus ihrem Selbstverständnis heraus nicht nur Werkstätten der Demokratie, sondern auch wesentliche Akteure für bürgerschaftliches Engagement inner- und außerhalb des eigenen Wirkungskreises in der Freiwilligen Feuerwehr, der Kirchengemeinde oder dem Musikverein. Hier wird auf verschiedene Arten und Weisen Beteiligung gelebt und echte Selbstorganisation ermöglicht und Jugendliche als Expertinnen und Experten in eigener Sache wahrgenommen. Diese Erfahrungen und Kompetenzen bieten eigentlich beste Ausgangsbedingungen für tragfähige Kooperationen und Netzwerke, sind jedoch nicht selten sowohl von den Verteilungskämpfen um Finanz- und Personalmittel als auch davon, dass ihnen nicht mehr viel jugendpolitische Aufmerksamkeit geschenkt wird, betroffen. Gründet sich beispielsweise ein kommunales Bündnis für Jugendgerechtigkeit, in dem die Jugendverbände nicht vertreten sind oder wird diesem Bündnis der Zugang zu Fördermitteln, zu politischen Netzwerken und Entscheidungsträger/-innen gegenüber den Jugendverbänden erleichtert, so erschwert dies nicht nur den transparenten Umgang der einzelnen Akteure miteinander, sondern es gefährdet die Verankerung von Jugendgerechtigkeit im Sinne einer breiten gesellschaftlichen Aufgabe. Fälle, in denen den Jugendverbänden Personalstellen und andere Ressourcen zugunsten der Jugendgerechten Kommune gekürzt worden sind oder Fälle, in denen Jugendeinrichtungen geschlossen wurden und diese Schließungen

durch ein großes Presse- und Politikecho auf projektbezogene Jugendbeteiligungsformen übertönt wurden, sind im Zuge der ständigen Mittelverknappung für kommunale Jugendarbeit als auch für die Jugendverbände keine Seltenheit mehr. Dort, wo Jugendverbände, Jugendringe sowie frei organisierte Zusammenschlüsse von jungen Menschen auf kommunaler Ebene gemeinsame Arbeitsformen finden, die gleichberechtigt von Politik und Verwaltung unterstützt und eingebunden werden, dort zeigen Projekte und Initiativen für mehr Jugendgerechtigkeit eine nachhaltigere Wirkung.

AUS DER PRAXIS

In der Hansestadt Rostock war von Beginn an der Stadtjugendring Rostock in der Lenkungsgruppe der Jugendgerechten Kommune involviert; die sehr gute Zusammenarbeit und das große Engagement aller beteiligten Akteure nicht nur in diesem Projekt, sondern auch im Rahmen der *Partnerschaft für Demokratie* und des damit verbundenen Jugendforums bewirkten, dass keine Konkurrenzsituationen entstanden, sondern vielmehr wichtige Synergieeffekte genutzt werden konnten, um den Jugendlichen die bestmöglichen Beteiligung- und Mitsprachemöglichkeiten zu eröffnen. Begünstigt wurde dadurch auch, dass die Rostocker Verwaltung, zu der die Koordinatorin des Prozesses zur Jugendgerechten Kommune gehört, Jugendgerechtigkeit als ein großes kommunales Anliegen mit vielen Einzelvorhaben und Arbeitsgruppen wahrnehmen konnte.

Kohärentes Handeln und die gleichberechtigte politische Mitsprache von verschiedenen repräsentativen Beteiligungsformen wird zurzeit auch in Bad Segeberg angestrebt: Die dort neu gegründete Stadtschüler*innenvertretung bemüht sich um ein direktes Rede- und Antragsrecht in der Stadtvertretung, wie sie schon durch die Kommunalverfassung für den Kinder- und Jugendbeirat geregelt ist. Gleichsam melden die Jugendlichen aus der Stadtschüler*innenvertretung als auch aus dem Kinder- und Jugendbeirat zurück, dass sie sich mehr Aufmerksamkeit durch politische Entscheidungsträger*innen auch außerhalb des Wahlkampfes wünschen würden.

In Fürth sind zahlreiche Jugendverbände, Initiativen und Einrichtungen bei den offenen *Wortwechsel*-Veranstaltungen präsent gewesen. Das Jugendamt hat genau zugehört und darauf geachtet, dass alle Interessen im Blick bleiben und der Umgang untereinander trotz knapper finanzieller Ressourcen fair und nachvoll-

ziehbar bleibt. Der Stadtjugendring und der Jugendbeirat waren eng in die Steuerung des Vorhabens *Jugendgerechte Kommune* eingebunden.

KURZ UND KNAPP

.....

➤ **Dort, wo Jugendverbände und freie Zusammenschlüsse von Jugendlichen oder demokratisch gewählte Jugendparlamente nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern kooperieren und gemeinsame Ziele entwickeln, dort gelingt Jugendgerechtigkeit.**

.....

➤ **Kommunale Verwaltung und Politik sind für alle Jugendlichen und ihre Anliegen offen.**

.....

➤ **Es muss Anliegen der politischen Entscheidungstragenden sein, dass unter engagierten Initiativen und Verbänden keine finanziellen *Kannibalisierungseffekte* eintreten.**

.....



Der Weg zu einer Jugendgerechte(re)n Kommune ist lang, manchmal wird er durch die Bürokratie gefühlt auch endlos. Wenn man sich dann aber mit anderen Referenzkommunen austauschen kann und auf Seminaren immer wieder an Lösungen arbeitet, sich gegenseitig motiviert und Spaß dabei hat, kann man Steine ins Rollen bringen und Veränderungen erreichen, die hoffentlich in der Zukunft auch sichtbar werden und bleiben.

◆ **SVEN HÜLSKÖTTER, JUGENDLICHER AUS DEM KREIS STEINFURT**

Lebenswelten junger Menschen verstehen



Jugend als eigenständige Lebensphase ist durch spezifische Herausforderungen gekennzeichnet und bedarf deshalb einer besonderen Aufmerksamkeit und eines besonderen Wissens über die vielfältigen Lebenslagen junger Menschen zwischen 12 und 27 Jahren. Der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung fasst diese Herausforderungen folgendermaßen zusammen: In der Lebensphase Jugend geht es darum, eine allgemeinbildende, soziale und berufliche Handlungsfähigkeit zu entwickeln (Qualifizierung), Verantwortung für sich selbst zu übernehmen (Verselbstständigung) sowie eine persönliche Balance zwischen der eigenen Freiheit und der sozialen Zugehörigkeit zu finden (Selbstpositionierung). Um zu verstehen, was junge Menschen in der Kommune bewegt, mit welcher Perspektive sie auf ihre Gegenwart und ihre Zukunft in der Kommune schauen und dadurch Jugendgerechtigkeit durch die Jugendbrille zu sehen, ist es wichtig,

sich als Fachkräfte und Verantwortliche in der Kommunalpolitik zum einen anhand von Jugendstudien und Jugendberichten über die Lebenswelten junger Menschen zu informieren und zum anderen sich direkt von Jugendlichen vor Ort Rückmeldungen einzuholen. Diese Rückmeldungen sind unter Umständen nicht immer einheitlich oder gar bequem für Verantwortliche aus der Politik, aber sie helfen ihnen dabei, das eigene Handeln transparent und zielgruppenorientiert zu machen. Überdies gilt es, die eigene Sicht auf die Lebensphase Jugend kritisch zu überprüfen: Die Aussagen »Ich war auch mal jung« und »Ich habe selbst Kinder« können dabei nur ein erster Schritt zu einem Erkenntnisgewinn sein, denn Jugend allgemein befindet sich nicht nur in einem stetigen Wandel, sondern ist auch besonders vielfältig und benötigt deshalb ebenso vielfältige Zugänge, um eine Kommune jugendgerechter zu machen.

AUS DER PRAXIS

Im Rahmen des Projektes *Jugendgerechtes Bad Segeberg* wurden über einen Zeitraum von vier Monaten knapp 1.300 Jugendliche zwischen 12 und 27 Jahren zu ihrer Perspektive auf Bad Segeberg, die Freizeitangebote, den öffentlichen Nahverkehr, die Wertschätzung junger Menschen und zu ihrem ehrenamtlichen Engagement befragt. Die Fragen wurden durch den Sozial- und Kulturausschuss der Stadt, den Kinder- und Jugendbeirat, die Stadtschüler*innenvertretung und die Lenkungsgruppe der Jugendgerechten Kommune im Vorfeld präsentiert und dort abgestimmt und lassen sich für künftige, weitere Umfragen gut um die Perspektive der Verwaltung und der Kommunalpolitik erweitern.

Der Prozess hatte auf jeden Fall Höhen und Tiefen, da manches, wie z. B. die finanziellen Mittel, nicht immer auf Anhieb da war. Doch wir sind drangeblieben und haben mithilfe verschiedener anderer Träger, die Partizipation fördern, es geschafft, unsere Vorhaben zu erreichen. Was mir als Jugendlicher besonders positiv aufgefallen ist, ist, dass die Jugendlichen, die mit am Tisch der Steuerungsgruppe saßen, immer ernst genommen wurden und oft als Experten angesehen wurden. Es gab ein produktives Arbeitsklima zwischen den verschiedenen Generationen und jeder von uns konnte sich dort entfalten, wo er gebraucht wurde!

IOANA-ADELINA NESCOVICI, JUGENDPARLAMENT TRIER

Die Ergebnisse der Online-Umfrage ergeben so ein spannendes Gesamtbild, an das Verantwortungstragende aus der Politik ganz praktisch anknüpfen und so ihr Wissen über die Jugend in Bad Segeberg erweitern können. Selbiges gilt für die Akteure in der Jugendarbeit sowie die politischen Verantwortungsträger/-innen in Fürth und Dreieich: Auch hier wurden gezielte Umfragen unter Jugendlichen, u. a. auch an Schulen durchgeführt, aus deren Ergebnissen konkrete Handlungsbedarfe abgeleitet wurden, die in diesem Maße bislang noch nicht sichtbar gewesen waren.

Der Landkreis Sömmerda hat sich mit dem Projekt *Jugend lebt – Jugend bewegt* auf vielfältige Arten und Weisen der Lebensphase Jugend genähert: Neben dem direkten Kontakt zwischen Jugendlichen aus verschiedenen Kommunen und Schularten, Verwaltungskräften und politischen Entscheidungsträger/-innen im Rahmen der regelmäßigen und gut frequentierten Treffen des Projektes, nutzte Sömmerda auch gezielt die Ergebnisse von Umfragen zum Thema Mitbestimmung, die vor dem Eintritt in den Prozess zur Jugend-

gerechten Kommune entstanden sind. Nützlich waren diese Erfahrungen auch für eine erneute Befragung junger Menschen im Landkreis zum Thema Übergang Schule–Beruf.

KURZ UND KNAPP

-
- **Erwachsene Akteure verstehen, dass Jugend als Lebensphase vielfältig ist, dass junges Engagement freiwillig ist und dass der Maßstab weder die Erinnerung an die eigene Jugend noch die eigenen Kinder oder verallgemeinerte Jugendbilder sind.**
-
- **Jugendliche in der Kommune müssen zu ihren eigenen Perspektiven und Interessen befragt werden. Diese Ergebnisse bilden die Ausgangsbasis des jugendpolitischen Handelns einer Kommune.**
-
- **Die Ideen junger Menschen sind wertvoll, auch wenn sie nicht dem fachlichen Blick erwachsener Akteure entsprechen.**

Jugendgerechtigkeit braucht Wissen, Kompetenzen und Bildungsangebote

Ein Prozess, der zielgruppenorientiert, kompetent und nachhaltig zu mehr kommunaler Jugendgerechtigkeit führen soll, benötigt eine besondere Form des Managements und der Begleitung der beteiligten Akteure. Hilfreich für die Vereinbarung von Aufgaben und Teilschritten sind zum Beispiel Protokolle und Mitschriften von Planungstreffen, die an alle Teilnehmenden und an all jene, die das Thema berufs- oder aufgabenbedingt noch betrifft, versendet werden. So werden Ergebnisse und Diskussionen transparent festgehalten und zur Arbeitsgrundlage für Folgetreffen. Schriftliche Prozessbeschreibungen dienen der Verortung in etablierten Verwaltungsabläufen und helfen Verwaltungsmitarbeiter/-innen dabei, in ihrem Handeln konkreten Bezug darauf zu nehmen. Auch wenn in einem Planungsteam oder einer Steuerungsgruppe vor Ort schon viele Kompetenzen im Bereich Jugendgerechtigkeit vorhanden sind, so machen viele Kommunen gute Erfahrungen mit externen Prozessbegleitungen und -moderationen, die über einen längeren Zeitraum hinweg ihre Expertise zur Verfügung stellen. Sie bringen nützliche und fachkundige Methoden und einen frischen Blick mit, eröffnen Freiräume für kritische Diskussionen und helfen dabei, die Prozessschritte und -ziele im Auge zu behalten – und entlasten dabei gleichsam die beteiligten Fachkräfte. Jugendliche, Fachkräfte als auch Verantwortliche aus Politik und Verwaltung profitieren im Prozess überdies sowohl von fachgruppenspezifischen als auch gemeinsamen Aus- und Weiterbildungen und schärfen so nicht nur das Kompetenzprofil einer jugendgerechten Kommune, sondern sorgen auch für die Stärkung der beteiligten Akteure als Multiplikator/-innen für Jugendgerechtigkeit auf allen Ebenen.

AUS DER PRAXIS

Im Landkreis Sömmerda werden seit Anfang 2018 landkreisweit Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit, haupt- und ehrenamtliche Interessierte an Mitbestimmung junger Menschen und kommunale Entscheidungsträger/-innen im Rahmen einer Qualifizierungsreihe für das Thema Jugendbeteiligung ausgebildet. Federführend ist hier das Jugendamt des Landkreises, durchgeführt wird der fünfteilige Kurs von einer externen Fachkraft, die außerdem das Projekt *Jugend lebt – Jugend bewegt* der Jugendgerechten Kommune als Prozessmoderatorin sehr erfolgreich begleitet. Die Synergieeffekte zwischen Praxis und Theorie, die hier geschaffen werden, ermöglichen so nicht nur die individuelle Weiterbildung der Teilnehmenden, sondern auch den Transfer zurück in die Kommunen sowie eine regelmäßige Überprüfung der Strategie des Landkreises auf die aktuellen Bedürfnisse vor Ort hin. Überdies stellt die Prozessmoderatorin die Dokumentation der Arbeitstreffen des Projektes sicher, indem gemeinsam mit der Verantwortlichen im Jugendamt zu jedem Treffen mit den Jugendlichen Foto-Protokolle erstellt und versendet werden. So können auch ohne viel Text und niedrigschwellig Ergebnisse und Absprachen festgehalten werden, auf die bei Folgetreffen dann Bezug genommen wird.

Auch Trier, Merzig-Wadern, 5G, Hamburg-Nord, Fürth und Dreieich und haben sich Unterstützung durch externe Moderationen für ihre punktuellen Jugendbeteiligungsformate wie Jugendkonferenzen, Jugendforen und Zukunftswerkstätten eingeholt und damit die Bedingungen geschaffen, um strukturiert die Belange junger Menschen zu erfahren und Handlungsbedarfe sichtbar zu machen.



Bad Segeberg plant ein Seminar für Multiplikator/-innen zum Thema *Jugendgerechtes Handeln*, Trier hat ein Netzwerktreffen unter Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit genutzt, um sich in kollegialer Beratung zu Perspektiven von Jugendbeteiligung auszutauschen und in Hannover haben Jugendliche der Steuerungsgruppe *Jugend lebt Stadt* eine Fortbildung für Fachkräfte und weitere Interessierte durchgeführt, um diese in den Prozess und ihre Themen einzuführen und zu begeistern.

KURZ UND KNAPP

-

➤ Prozesse, Projekte und Vereinbarungen werden dokumentiert und ausgewertet und so für andere Interessierte zugänglich gemacht.

.....
- Von Aus- und Weiterbildungen aller beteiligten Akteure profitiert die Kommune auch langfristig.

.....
- Sich externe Beratung und Unterstützung einzuholen hilft dabei, Handlungsbedarfe unverstellt identifizieren zu können.

.....
- Jugendliche werden als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernstgenommen und schulen Erwachsene zu Themen aus ihrer Lebenswelt.



Über einen solchen Zeitraum so viele Jugendliche zu treffen, die sich in unterschiedlichen Ausgangssituationen in den Kommunen auf ihre eigene Art für mehr Jugendbeteiligung und Jugendgerechtigkeit einsetzen war sehr prägend. Der Austausch und die Unterstützung untereinander bereicherte die Arbeit sehr und auch die wertschätzende, offene und ehrliche Begleitung durch die Koordinierungsstelle machte den Prozess sehr wertvoll für mich.

**JUSTIN SUDBRAK, KINDER- UND JUGENDPARLAMENT
TEMPELHOF-SCHÖNEBERG**

Beteiligung von A bis Z denken

Jugendgerechtigkeit ist ohne Jugendbeteiligung nicht denkbar. Doch es ist wichtig, dass innerhalb einer Kommune sehr bewusst darauf geachtet wird, wer wann, warum und wie beteiligt wird. Beteiligungsprozesse müssen Teil von Gesamtprozessen sein, der Beteiligungsgegenstand muss ebenso geklärt sein wie der Umgang mit den Beteiligungsergebnissen. Beteiligung sollte dabei kein Selbstzweck und keine pädagogisierende Demokratiesimulation sein, sondern im kommunalpolitischen System eine klar definierte Funktion übernehmen: Jugendliche sind gefragt, um eine Perspektive einzubringen, die nur sie einbringen können und die Relevanz für die Umsetzung des Beteiligungsgegenstands besitzt. Die Beteiligung wird mithilfe von Fachkräften durchgeführt, welche die Brücke zwischen Jugend- und Politikwelten schlagen und beide Welten miteinander in Kontakt bringen können.

AUS DER PRAXIS

Jugendbeteiligung war ausnahmslos in allen 16 Referenzkommunen elementarer Bestandteil der jeweiligen Prozesse vor Ort. Dabei kamen sowohl projektartige Formen wie Jugendforen als auch auf Dauer angelegte Beteiligungsformen wie Jugendparlamente und -beiräte zum Einsatz, nicht selten auch eine Kombination mehrerer Beteiligungsformen. In Fürth ist der erfolgreiche Einsatz mehrerer Beteiligungsformen gut zu beobachten: Die Veranstaltungsreihe *Wortwechsel* hat Jugendliche mit Politik, Verwaltung und Fachkräften ins Gespräch gebracht. Dabei wurden nicht nur Themen gesammelt, sondern auch gleich der Dialog aufgenommen. Patinnen und Paten aus der Politik blieben an Themen und Akteuren dran und sorgten so für vielfältige Umsetzungen jugendlicher Anliegen.

Ein Jugendbeirat kümmert sich um die kontinuierliche Arbeit an jugendgerechten Themen und übernimmt mit eigenen Veranstaltungen dafür Verantwortung. Mit einer Onlineumfrage und einem Jugendforum, an dem die Schulen im Stadtgebiet beteiligt waren, konnten zudem neue Jugendmilieus eingebunden werden. Dadurch, dass Politik und Verwaltung fast schon traditionell im Austausch mit Jugendlichen stehen, sind sie für Jugendthemen sensibilisiert. Das baut Hürden im Miteinander ab.

In Tempelhof-Schöneberg fand im Prozesszeitraum eine umfangreiche Beschäftigung mit integrierter Jugendhilfeplanung sowie mit der für den Bezirk gültigen *Rahmenkonzeption Jugendarbeit* statt. In diese Prozesse waren neben zahlreichen anderen Zielgruppen auch Jugendliche einbezogen. Das Kinder- und Jugendparlament (KJP) des Bezirks ist nicht nur seit Jahren fest etablierter und gut vernetzter Bestandteil der Bezirkspolitik; aufgrund seiner Zusammensetzung mit Jugendlichen aus allen Stadtteilen des Bezirks und der politik- und verwaltungsnahen Struktur konnte sich das KJP leicht und erfolgreich an diesem langfristigen Prozess beteiligen. Durch die pädagogische Begleitung war zudem sichergestellt, dass das KJP in dieser herausforderungsvollen Arbeit unterstützt und nicht überfordert wurde.

In Naumburg wurde Jugendbeteiligung auf drei Säulen verteilt: Das Jugendparlament als berufenes Gremium, das Kinder- und Jugendbüro im Jugendhaus für projektorientierte Beteiligung und Jugendforen mit verschiedenen Schwerpunkten wurden zielgerichtet genutzt, um verschiedene Beteiligungsgegenstände mit dem jeweils passenden Format zu bearbeiten.

Ich war beeindruckt von dem Engagement und der Kreativität der Jugendlichen, die im Rahmen des Jugendforums entwickelt worden ist. Die Teilnehmer brannten für ihren Stadtteil Barmbek, die Vorschläge und Ideen waren erstaunlich praktikabel und konnten nach meinem Dafürhalten gut in die weiteren Planungen übernommen werden. Das Jugendforum hat gezeigt, dass es sich lohnt, die Partizipation der Jugendlichen sich nicht nur zu wünschen, sondern auch abzuholen.

**TOM OELRICHS, DEZERNENT STEUERUNG UND SERVICE
IM BEZIRKSAMT HAMBURG-NORD**

Im Landkreis Merzig-Wadern wurde in allen sieben Kommunen das Partizipationsformat der Zukunftswerkstatt unter dem Motto *Mach mit³ – mitdenken, mitreden, mitgestalten* (in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)) umgesetzt, um jugendliche Interessen zu identifizieren und um Berührungspunkte zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträgern abzubauen. So wurde eine Vielzahl an Themen und Zielvorstellungen durch die Jugendlichen auf hohem qualitativen Niveau erarbeitet, die auch über den jugendlichen Kontext hinausgingen und andere Bevölkerungsgruppen miteinbezogen. Diese Form der projektorientierten Beteiligung hat sich in den ländlichen Strukturen des saarländischen Landkreises als gut durchführbar erwiesen und es konnten bereits einige der Zielvorstellungen aus den Zukunftswerkstätten in die Praxis umgesetzt werden. In einer städtischen Referenzkommune hingegen war es schwieriger: Innerhalb der Verwaltung und der Politik gab es große Zurückhaltung in Bezug auf Jugendbeteiligung. Die Ergebnisse eines Jugendforums konnten daher erst einmal nur innerhalb der Jugendgruppe selbst gesammelt werden, ohne dass die Weiterarbeit bereits verabredet werden konnte oder Politik und Ver-

waltung zu einem fundierten Austausch bereitgestanden hätten. Die Jugendlichen bearbeiteten die Themen nach der Jugendkonferenz in Arbeitsgruppen weiter, allerdings ohne einen genauen Prozess oder eine Anbindung vor Augen zu haben. In einer ländlichen Referenzkommune fand eine angebotene offene Form der Jugendbeteiligung keine Teilnehmenden, woraufhin sich die Kommune einer anderen, im ländlichen Raum leichter ansprechbaren Zielgruppe zuwandte, statt die Ansprache oder das Format zu hinterfragen.

KURZ UND KNAPP

-
- **Die Rahmenbedingungen für wirksame Jugendbeteiligung müssen im Vorfeld geklärt werden.**
-
- **Jugendbeteiligung kann nur stattfinden, wenn die Angebote der Jugendbeteiligung an jugendliche Lebenswelten andocken können – sowohl räumlich als auch inhaltlich.**
-
- **Jugendbeteiligung benötigt eine Einbettung in kommunale Prozesse, welche die Ergebnisse aufgreifen können.**

Jugendgerechtigkeit benötigt finanzielle Unterstützung

Die besten Konzepte, die engagiertesten Jugendlichen, die wohlwollendsten Willensbekundungen aus der Politik – mit all dem lässt sich nicht viel anfangen, wenn zur Umsetzung vor Ort keine finanziellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Der Jugendbereich ist oftmals finanziell knapp ausgestattet, befristete Verträge und Abhängigkeit von Drittmitteln über Projekte kommen erschwerend hinzu. Diese Bedingungen hemmen Kreativität und Motivation, die eingeworbenen Drittmittel sind zudem oftmals mit bestimmten Handlungserwartungen verknüpft, deren Umsetzung nicht immer sinnvoll in das jugendgerechte Konzept einer Kommune passt. Dabei ist im Jugendbereich vergleichsweise wenig Geld nötig, um zu spürbaren Erfolgen zu kommen – oder auch, um Freiräume zu schaffen, die Kreativität erlauben und so die Selbstwirksamkeit junger Menschen stärken. Jugendgremien mit eigener Budgetverantwortung zeigen sich dieser im Regelfall mehr als gewachsen und setzen

das Geld überlegt ein, profitieren aber auch von der fachlichen Unterstützung bei Förderanträgen. Neben der finanziellen Ausstattung geht es auch häufig um die Möglichkeit, an der Infrastruktur einer kommunalen Verwaltung teilhaben zu dürfen. Dies betrifft zum Beispiel die kostenfreie Nutzung von Räumen für Gremiensitzungen, das Ausleihen von Veranstaltungstechnik oder auch die Möglichkeit, an der Bürokommunikation zu partizipieren, ferner den Fotokopierer kostenfrei zu nutzen, bei Versänden Unterstützung zu erhalten etc. Dort, wo Jugendlichen das Vertrauen geschenkt wird, mit Sachressourcen verantwortungsvoll umzugehen, fühlen sie sich eher als Teil der Kommune – und nicht als Bittsteller.

AUS DER PRAXIS

In der Stadt Leipzig hat das Jugendparlament ein strukturiertes Verfahren entwickelt, um Mittel für Jugendinitiativen in mittlerer dreistelliger Höhe zu bewilligen.



„Eine sichere, dauerhafte und nachhaltige Finanzierung der jugendgerechten Jugendarbeit ist von erheblicher Wichtigkeit, da es sehr anstrengend ist, neben der alltäglichen Arbeit auch noch um die Finanzierung der eigenen Stelle zu kämpfen. Es ist auch ein fatales Signal an die Jugend, wenn sie mit ihren Bedürfnissen nicht ernst genommen werden.“

SARA APPELHAGEN, STADTJUGENDRING BREMERHAVEN

Die Stadtverwaltung kümmert sich dabei um den organisatorischen Teil und die Abrechnung, die Jugendlichen sind lediglich mit den Inhalten befasst. Dies entlastet die Engagierten des Jugendparlaments und gibt ihnen gleichzeitig die Möglichkeit, mit überschaubarem Mitteleinsatz Wirkung in der Stadt zu entfalten.

In den meisten Referenzkommunen ist es inzwischen möglich, Räume im Rathaus oder sogar die Ratssäle für die Gremien- und Jugendparlamentssitzungen zu nutzen. Insbesondere dort, wo die für den Gesamtprozess verantwortliche Person Teil der kommunalen Verwaltung ist, haben auch deren Kolleginnen und Kollegen, zum Beispiel vom Hausdienst, mehr Verständnis und ein offenes Ohr für die Anliegen der Jugendlichen, da sie die Arbeit der Jugendlichen mit einem konkreten Fachbereich verbinden, an das sie sich auch im Zweifels- oder Konfliktfall wenden können.

Die Bewilligung von Ressourcen ist jedoch nicht immer nur ein Segen. In einer Kommune wurden zwar Mittel zur Verstärkung der Strukturen der jugendgerechten Kommune bereitgestellt. Andere Zuwendungsempfänger aus dem Jugendbereich mussten dafür jedoch Kürzungen hinnehmen. Dies erschwert gemeinsames Handeln und schafft vermeidbare politische Widerstände, welche das eigentliche Anliegen einer jugendgerechten Politik nicht weiterbringen.

Eine weitere Kommune muss die eigene Jugendarbeit seit Jahren durch zahlreiche Projekte von unterschiedlichsten Drittmittelgebern finanzieren. Die zuständi-

gen Fachkräfte sind mittlerweile geübt im Beantragen und Verwalten von Drittmitteln. Dennoch wird dadurch kostbare Arbeitszeit gebunden, und kontinuierliches Arbeiten wird durch befristete Verträge und unklare Perspektiven erschwert. Immerhin: Der Prozess hat in der Kommune so viel Unterstützung, dass für die künftigen Haushaltsberatungen auch die Einrichtung einer neuen Stelle vorgemerkt ist.

KURZ UND KNAPP

-
- **Die Unterstützung von Jugendgerechtigkeit als politisches Ziel einer Kommune lässt sich daran ablesen, ob ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden oder ob zumindest die Zugänglichkeit dazu unterstützt wird.**
-
- **Die Bereitstellung von Mitteln ist auch in knappen Haushaltsslagen möglich – es ist eine kommunalpolitische Prioritätenfrage.**
-
- **Die Abhängigkeit vieler Kommunen von befristeten Projektmitteln mit wechselnden Schwerpunkten ist einer langfristig angelegten jugendpolitischen Ausrichtung nicht förderlich und bindet zudem meist knappe Personalressourcen.**

Jugendgerechtigkeit braucht Hauptamtlichkeit

Jugendgerechtigkeit kostet Geld – oder auch: Jugendgerechtigkeit benötigt Personalmittel. Damit langfristig geplant werden kann, Prozesse gut koordiniert, verortet und verankert werden können und um das Vorhaben als Projekt direkt adressierbar zu machen, ist hauptamtliches Personal unabdingbar. Gerade für die beteiligten Jugendlichen ist eine hauptamtliche Ansprechperson von großer Bedeutung für das eigene Engagement; sie unterstützt die Netzwerkarbeit, stellt Kontakt zur kommunalen Verwaltung und anderen Partnern her, informiert über Strukturen und Abläufe, ist bei Problemen und Herausforderungen ansprechbar und übernimmt die Organisation von Sitzungen und Veranstaltungen. Aber auch für die beteiligten Akteure aus Politik und Verwaltung bietet eine hauptamtlich zuständige Person wichtiges Wissen und Fachkompetenz sowie Übersetzungsleistungen zwischen den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen und der Sicht der

kommunalen Verwaltung bzw. der beteiligten Politiker/-innen. In der kommunalen Praxis zeigte sich, dass für den Prozess zuständige Fachkräfte insbesondere dann zum Gelingen von Jugendgerechtigkeit beitragen konnten, wenn sie sich im Sinne der offenen Kinder- und Jugendarbeit als Prozesskoordinator/-innen oder -begleitungen verstanden haben, die ihr Wissen und ihre Kompetenzen prozessorientiert einbringen, sich als Fürsprecher/-innen für die Belange der Jugendlichen verstehen und diese in Politik und Verwaltung parteilich vertreten. Was sich nicht als nützlich erwiesen hat, ist die Verortung des Prozesses als zusätzliche Aufgabe einer bereits voll ausgelasteten hauptamtlichen Fachkraft. Die ohnehin schon geringen zeitlichen Kapazitäten belasten nicht nur die davon betroffene Person, sondern auch das Vorhaben selbst, da im Zweifel die originäre Arbeit Priorität hat und wenig Flexibilität ermöglicht.



Der wertschätzende Umgang war bei uns vor allem davon abhängig die richtige Vermittlungsperson zu haben. Wir hatten eine Hauptamtliche, die mit Motivation und Lust ihre Prioritäten an unsere angepasst hat und genau da fängt die Wertschätzung an. Seine eigenen Aufgaben auch mal hinten anzustellen, wenn uns Jugendlichen etwas wichtig war.

SVENJA WERMTER, JUGENDLICHE AUS HANNOVER

AUS DER PRAXIS

In jenen Referenzkommunen, in denen es bereits vor dem Prozessstart Jugendparlamente als repräsentative Jugendbeteiligungsformate gab, wurde die Jugendgerechte Kommune als Projekt in der Regel auch in deren Geschäftsstellen personell verortet. In Leipzig und Tempelhof-Schöneberg, wo jeweils die Geschäftsführerin der Jugendparlamente auch die Zuarbeit für die Jugendparlamente übernimmt, konnten sich die am Prozess beteiligten Jugendlichen voll auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren und so besser für ihre eigenen Themen lobbyieren. Aufgrund der Tatsache, dass die Geschäftsführerinnen jeweils Angestellte der kommunalen Verwaltung sind, war der Zugang zu anderen politischen Ressorts erleichtert.

In Trier lag die Federführung der Jugendgerechten Kommune bei der Jugendhilfeplanerin, die alle Aktivitäten mit der Geschäftsführerin des Jugendparlaments koordinierte. Hier zeigte sich, dass die Verortung von Jugendgerechtigkeit im Arbeitsfeld einer Jugendhilfeplanerin nur dann wirklich sinnvoll ist, wenn der zurzeit besonders umfangreiche und fordernde Arbeitsbereich der Kindertagesbetreuung nicht bei derselben hauptamtlichen Person angesiedelt ist. In Trier sind diese Arbeitsbereiche voneinander getrennt, was zeitliche Ressourcen für das Thema Jugendgerechtigkeit eröffnete.

In der Nachhaltigkeitsregion 5G zeigte sich eine Besonderheit, die für viel Bewunderung sorgte: Die Bürgermeister der fünf am Prozess beteiligten Kommunen waren gemeinsam mit einer Jugendreferentin und dem Geschäftsführer der Nachhaltigkeitsregion bei den Seminaren dabei, haben Jugendgerechtigkeit also zur Chefsache gemacht und so in ihre eigene hauptamtliche Arbeit einfließen lassen. Perspektivisch bewertet 5G den Einsatz weiterer hauptamtlicher Fachkräfte für Jugendarbeit in allen fünf Gemeinden als grundlegend für eine nachhaltige Verankerung von Jugendgerechtigkeit.

Für den Prozess *Jugendgerechtes Bad Segeberg* wurde – trotz Konsolidierungshaushalt – ein hauptamtlicher Projektleiter finanziert, der alle Aktivitäten koordiniert, den Kinder- und Jugendbeirat und die Stadtschüler*innenvertretung unterstützt, Ansprechpartner für alle involvierten Akteure ist und die Einzelvorhaben in politischen Gremien vertritt. Die Präsenz, die die Jugendgerechte Kommune dadurch in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit erreicht hat zeigt sich darin, dass die Stelle des Projektleiters in die Leitung eines neu eingerichteten Jugendbüros übergehen wird, das den Prozess fortführt und fest im Stadtbild verankert. Hier hat sich gezeigt, dass die Investition in Jugendgerechtigkeit auch in Form von Personalkosten langfristige Effekte zeitigt, auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen es eigentlich kaum zulassen – es geht um die Haltung dahinter.

KURZ UND KNAPP

-

➤ **Die Investition in hauptamtliche Fachkräfte, bei denen die Koordination der Aktivitäten, die Organisation von Gremiensitzungen und die fachliche Unterstützung der beteiligten Akteure angesiedelt sind, trägt wesentlich zum Gelingen eines Vorhabens im Bereich Jugendgerechtigkeit bei.**

.....
- **Nimmt die Beschäftigung mit der Lebensphase Jugend nur einen sehr kleinen Teil des Arbeitsfeldes von Jugendkoordinator/-innen oder Jugendhilfeplaner/-innen ein, so droht das Thema aus Zeitmangel vernachlässigt zu werden.**

.....
- **Sind Fachkräfte in der Kommunalverwaltung angesiedelt oder eng an diese angebunden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie von Kolleg/-innen in Politik und Verwaltung zu Jugendthemen konsultiert werden.**

.....

Mehr Jugendgerechtigkeit durch jugendgerechte Bedingungen



Die kommunalen Belange, sprich Bürokratie, brauchen oft Zeit, was Jugendliche nicht immer nachvollziehen können.

JANINE BUS, JUGENDPFLEGERIN IN BECKINGEN IM LANDKREIS MERZIG-WADERN

Damit insbesondere diejenigen, um die es beim Thema Jugendgerechtigkeit geht, sich am Prozess beteiligen können, müssen bestimmte Bedingungen des guten Zusammenarbeitens und des Engagements überprüft werden. Dies betrifft zum Beispiel die Gestaltung von Räumen und Zeiten: Werden Treffen zwischen allen beteiligten Akteuren terminlich so angesetzt, dass Schüler/-innen trotz Ganztagschule und Auszubildende trotz Arbeitszeiten daran teilnehmen können? Sind die Orte, an denen man sich trifft, zentral und für alle gut erreichbar, auch mit ÖPNV? Sind die Sitzungsräume so gestaltet, dass Jugendliche sich dort wohlfühlen können – oder sind sie auf die Arbeitsabläufe von Erwachsenen ausgerichtet, denen es nicht schwerfällt, über mehrere Stunden still zu sitzen? Durften sich alle gleichermaßen an der Gestaltung der Tagesordnung beteiligen? Jugendgerechtigkeit heißt folglich auch, erwachsene Sitzungsroutinen aufzubrechen und ungewöhnliche Orte und Methoden zu wählen, die Spaß machen und echte Bewegung in die Sache bringen. Dazu gehören vielfältige Veranstaltungsformate und Gesprächsmöglichkeiten, bei denen

alle zu Wort kommen. Das ist besonders wichtig für Jugendliche, die weniger artikulationsstark sind, aber deren Perspektiven auf ihre Kommune unabdingbar sind, um den Prozess voranzubringen.

AUS DER PRAXIS

In vielen Referenzkommunen im ländlichen Raum ist gerade die geografische Erreichbarkeit möglicher gemeinsamer Sitzungsorte mithilfe des öffentlichen Nahverkehrs eine große Herausforderung für die beteiligten Jugendlichen. Wenngleich in diesen Kommunen die Mobilität als einer der dringendsten Handlungsbedarfe identifiziert wurde und dessen Verbesserung als Zielformulierung in den Prozess der Jugendgerechten Kommune einfluss, so zeigte sich bis Prozessende, dass diese Herausforderung in den wenigsten Kommunen wesentliche Verbesserungen veranlasste. Beispielhaft für eine pragmatische und niedrigschwellige Mobilitätslösung ist das *Mitfahrbänkle* in der Nachhaltigkeitsregion 5G, einer Möglichkeit des organisierten Trampens: Wer sich auf die an verschiedenen Orten innerhalb der Dörfer aufgestellten Bänke setzt, zeigt

einen Mitfahrwunsch an und kann von vorbeifahrenden Autofahrer/-innen in die nächstgelegenen Orte mitgenommen werden. Eine App dazu ist ebenfalls in Vorbereitung. Gerade in der ländlichen Gegend ist dies nicht nur aufgrund der hohen sozialen Kontrolle als sichere und einfache Mobilitätslösung zu verstehen, sondern auch als generationenübergreifendes Projekt, das allen Altersgruppen zugutekommt.

In den Kommunen Trier, Leipzig, Berlin und Dreieich ist durch die hauptamtliche Begleitung der jeweiligen Jugendparlamente sichergestellt, dass die jugendlichen Parlamentarier/-innen sich auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren können. In anderen Referenzkommunen, in denen hauptamtliches Personal direkter Ansprechpartner für die Jugendlichen war, gelang eine Identifikation mit dem Prozess leichter als dort, wo entweder Zuständigkeiten nicht klar benannt waren oder auf zu vielen erwachsenen Schultern verteilt waren. Gute Fachkräfte in der Jugendarbeit sind zudem wichtige Identifikationspersonen für Heranwachsende und bieten so Anknüpfungspunkte für das eigene Engagement, persönlich wie fachlich.

Nichtsdestotrotz zeigte sich auch, dass gerade die Veränderung von Sitzungskulturen außerhalb von Jugendbeteiligungsformaten die größte Herausforderung

für einige Referenzkommunen darstellte. Sitzordnungen, Sitzungsunterlagen, Tagesordnungen, Protokolle und ähnliche, für Erwachsene selbstverständliche Tools und Verfahren für eine geordnete Sitzungskultur sind nicht nur vielen Jugendlichen fremd, sondern haben eher erreicht, dass die Jugendlichen nach einer Sitzung nicht wiederkamen. Auch deshalb ist es als besonders positiv hervorzuheben, dass manche Kommunen sich externe Begleitung und Moderation eingeholt haben, die den Prozess und die dafür notwendigen Sitzungen und Absprachen methodisch jugendgerecht und kreativ gestaltete, wie zum Beispiel die regelmäßigen Treffen von *Jugend lebt – Jugend bewegt* im Landkreis Sömmerda.

Die Einrichtung von kommunalen Jugendsprechstunden war in einigen Referenzkommunen Element der Zielsetzung und wurde bereits in Teilen umgesetzt; auch hier wird deutlich, wie wenig kommunale Strukturen auf die Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtet sind, wenn die einzige Möglichkeit, mit einem Bürgermeister direkt in Kontakt zu treten, seine Bürger/-innensprechstunde ist – unter der Woche an einem Vormittag.

KURZ UND KNAPP

- Erwachsene Akteure überprüfen ihre eigene Sitzungskultur und lassen neue und kreative Methoden zu, um alle Jugendlichen anzusprechen und in den Prozess einbeziehen zu können.
- Orte und Zeiten von Veranstaltungen, Gremiensitzungen und Co. werden nach den Bedürfnissen der beteiligten Jugendlichen ausgerichtet.
- Hauptamtliche Fachkräfte unterstützen Jugendliche darin, ihre eigenen Themen zu artikulieren und umzusetzen, ohne bereits an bürokratischen oder organisatorischen Hürden zu scheitern.



Freiräume für Jugendgerechtigkeit ermöglichen

Die Lebensphase Jugend ist geknüpft an besonders hohe gesellschaftliche Erwartungen, es geht – so der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung – um die Ablösung vom Elternhaus, die Ausbildung einer Lernmotivation, die finanzielle Verselbstständigung, die Bewältigung der Pubertät, die Entwicklung ihrer Sexualität sowie um den Aufbau von tragfähigen Beziehungen zu Gleichaltrigen. Gleichzeitig aber haben junge Menschen angesichts des Ausbaus der Ganztageschule, einem hochspezialisierten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und weniger konkret vorhandenen Jugendräumen, beispielsweise in Jugendzentren etc., immer weniger freie Räume, freie Zeiten und überhaupt Gelegenheiten um sich auszuprobieren und zu entfalten. Für Jugendgerechtigkeit auf kommunaler Ebene bedeutet das ganz konkret, dass jungen Menschen das Potenzial und die Möglichkeiten zugestanden werden sollten, Neues zu wagen, zu experimentieren – oder auch mal rumzuhängen und nichts zu tun. Dort, wo Jugendlichen Jugendräume zur Verfügung stehen, die sie selbst gestalten oder auch verwalten dürfen, lernen sie neben Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit auch, dass ihre Bedürfnisse zählen und nicht in erster Linie ihre (schulischen) Leistungen. Engagement für die Jugendgerechte Kommune braucht auch zeitliche Freiräume, die zum Beispiel durch die Anerkennung dieses Ehrenamts durch Schule oder Arbeitgeber ermöglicht werden kann. Neben den Aspekten räumlicher und zeitlicher Freiräume ist auch die Etablierung einer eigenen Fehlerkultur ein nicht zu unterschätzender Freiraum für das Aufwachsen junger Menschen: In jenen Kommunen, in denen sich Jugendliche, Fachkräfte und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung nicht nur auf Augenhöhe begegnen, sondern offen für

Experimente und gegebenenfalls auch deren Scheitern sind, wird das Bemühen um Jugendgerechtigkeit als besonders authentisch wahrgenommen und zeitig langfristig mehr positive als negative Effekte.

AUS DER PRAXIS

Für jene Kommunen, die erst durch das Programm der Jugendgerechten Kommune das Thema Jugendgerechtigkeit für sich identifiziert haben und dadurch in eine koordinierte Bündnisarbeit eingestiegen sind, ist vermutlich schon der Prozess an sich als Experiment zu bewerten: Sie haben sich auf das Thema mit allen Chancen und Herausforderungen eingelassen und im Rahmen der Begleitseminare die eigenen Erfahrungen reflektiert und Ergebnisse präsentiert – auch, wenn etwas eben nicht gelang oder ein Einzelvorhaben scheiterte. Der offene und ehrliche Austausch unter den Referenzkommunen hat im Falle einiger Kommunen dazu beigetragen, dass aus Fehlern gelernt werden konnte und neue, kreative Wege gefunden werden konnten, um Jugendgerechtigkeit vor Ort in den Fokus zu rücken. Dass dafür nicht immer die personellen und/oder finanziellen Rahmenbedingungen gegeben sind, hat für die eine oder andere Kommune das Schaffen von Freiräumen erschwert; in manchen Kommunen sind Freiräume aufgrund der Verwaltungsroutinen nur unter Anstrengungen der beteiligten Akteure möglich. Konkrete Orte für Freiräume sind häufig Jugendhäuser oder Jugendzentren: Während in Bad Segeberg zu Beginn des Prozesses das Jugendzentrum Mühle kurz vor der Schließung stand, konnte diese noch rechtzeitig abgewendet werden. In Trier wurde die Planung eines neu zu bauenden Jugendzentrums unter Beteiligung junger Menschen durchgeführt, ebenso in

Heute muss es uns nämlich gelingen, unseren Kindern und Jugendlichen Heimatgefühl zu vermitteln. Wir müssen ihnen Mitgestaltung und Teilhabe bieten, ihnen zeigen, dass sie uns etwas wert sind. Nur so dürfen wir die Hoffnung hegen, dass sie mit einem guten Gefühl an ihre Zeit in Finsterwalde denken und sie nach Ausbildung oder Studium den Weg zurückfinden. All das sind kleine, aber sehr wichtige Schritte auf dem Weg in eine generationengerechte und vor allem liebens- und lebenswerte Stadt.

JÖRG GAMPE, BÜRGERMEISTER DER STADT FINSTERWALDE

Hamburg-Nord und einer Kommune in der Nachhaltigkeitsregion 5G, die damit auch eine große finanzielle Investition veranlasst hat. Die im Landkreis Merzig-Wadern weit verbreitete Jugendclubkultur wurde durch die Verantwortlichen für die jugendgerechte Kommune hinsichtlich der Herausforderungen von Selbstverwaltung aktiv unterstützt, um so diese Form der Freiräume aufrechtzuerhalten.

Das Selbstverwaltete Jugendbudget, das die Jugendlichen der 16 Referenzkommunen weitestgehend unbürokratisch für kleine Projekte vor Ort beantragen konnten, ist ebenfalls als Maßnahme zur Schaffung von Freiräumen zu betrachten: Ob für ein Konzert, einen HipHop-Workshop, ein Skate-Event oder zur Unterstützung einer App-Entwicklung – diese Form der Mikrofinanzierung hat den jugendlichen Akteuren in den Kommunen die Möglichkeit gegeben, nicht als Bittsteller bei der Kommunalpolitik auftreten zu müssen, sondern selbstverwaltet und eigenverantwortlich kreative Ideen umzusetzen.

Bei aller Experimentierfreude kann es zu Reibungen kommen, wenn bestehende Verfahren nur für einzelne Akteure erleichtert werden. Hier sind eine intensive

Kommunikation und ein Mitnehmen aller Akteure entscheidend, z. B. durch die Aussicht, dass – sollte sich ein erleichtertes Verfahren bewähren – dieses auch für alle anderen Akteure zur Anwendung kommt.

KURZ UND KNAPP

.....

➤ **Etwas hat nicht funktioniert, wie man es ursprünglich geplant hat? Daraus kann man viel lernen, wenn man sich für die eigenen Fehler offen zeigt und an den Themen dranbleibt.**

.....

➤ **Jugend braucht eigene Räume, die sie selbst gestalten kann und in denen sie nichts müssen, aber viel dürfen.**

.....

➤ **Auch wenn Jugend eine Lebensphase der Qualifizierung ist und gerade die schulische Bildung eine große Rolle spielt: Durch zeitliche und räumliche Freiräume werden kreative Lösungen, Eigenständigkeit und Eigeninitiative eher gefördert als durch vorgegebene Wege.**

Jugendgerechtigkeit muss kommuniziert werden



Um eine jugendgerechte Ansprache zu fördern, ist es wichtig, auch die Kommunikationskanäle zu bedienen, die in der Lebenswelt von Jugendlichen eine Rolle spielen. Dies schließt auch die Sozialen Netzwerke und Messenger wie WhatsApp, Instagram oder YouTube ein. Dabei hat jede Plattform seine ganz eigenen Regeln der Kommunikation, die es wiederum zu beachten gilt, um authentisch und glaubwürdig zu sein. Gerade kommunale Institutionen haben oft das Problem, dass sie diese Kanäle aufgrund von städtischen Richtlinien nicht bedienen können. Hier bedarf es meiner Meinung nach ein Umdenken seitens der städtischen Verwaltung und der kommunalen Politik.

FLORIAN SEIDEL, BETEILIGUNGSMANAGER BEI ECHT FÜRTH

Die auf kommunaler Ebene weit verbreiteten, traditionellen Kommunikationskanäle wie Amtsblätter und Tageszeitungen werden von den meisten Jugendlichen nicht genutzt, spielen aber eine Rolle im kommunalen Geschehen. Damit Themen und Angebote, die für Jugendliche relevant sind, auch wahrgenommen werden, braucht es sowohl geeignete Kommunikationswege als auch eine angemessene Ansprache, damit sprachliche Hürden möglichst niedrig sind. Dabei geht es nicht nur um das Kommunizieren von Entscheidungen und Beschlüssen, sondern auch um Informa-

tionen zu anstehenden Fragen und um Rückmeldung zu laufenden Prozessen. Dazu gehören Fachkräfte, die eine authentische, verständliche Sprache finden, ohne sich einer Jugendsprache oder vermeintlich jugendlichen Ästhetik anzubiedern. Angemessene technische und finanzielle Ausstattung helfen dabei, die richtigen Formate zu entwickeln und mit relevanten Inhalten zu bespielen. Eine aktive, transparente Informationspolitik unterstützt alle Beteiligten und verhindert Missverständnisse und Frustration.

AUS DER PRAXIS

Das Thema wurde auch durch zahlreiche Referenzkommunen bearbeitet, insbesondere die Erreichbarkeit von jungen Menschen war immer wieder Thema der Peer-Learning-Seminare. Die Kommunen Fürth und die Nachhaltigkeitsregion 5G haben hierzu das Potenzial der Messenger-Dienste erkannt und kommunizieren jugendrelevante Themen und Informationen auf diese Weise an Jugendliche. Die Kanäle bieten zudem die Möglichkeit des Feedbacks an die Kommune. Mit die größte Herausforderung ist es, die jeweilige Nummer der sogenannten Broadcasts an Jugendliche zu kommunizieren und diese dazu zu motivieren, den Broadcast zu abonnieren. Anlässe hierfür bieten Jugendforen, aber auch Informationsstände bei Konzerten, Plakate und Flyer in Jugendeinrichtungen und Schulen etc. Diese werden genutzt, um zwischen Veranstaltungen über aktuelle Entwicklungen zu informieren und die Themen präsent zu halten.

Der Landkreis Merzig-Wadern nutzt die Facebook-Seite der Jugendarbeit im Kreis, um – neben der Darstellung der eigenen Aktivitäten – über die Arbeit des Jugendhilfeausschusses zu informieren. Die Tagesordnungen der anstehenden Sitzungen werden erläutert, damit Jugendliche und andere Interessierte nicht bereits an der Fachsprache scheitern.

In Bremerhaven haben Jugendliche einen eigenen Taschenkalender mit Terminhinweisen und Informationen über die Rechte Jugendlicher erstellt. Dies ist die Vorstufe für eine dauerhafte Veranstaltungsübersicht im Internet und die konkrete Umsetzung eines Ergebnisses der Jugendkonferenz Bremerhaven.

Die im Prozess engagierten Jugendlichen der Landeshauptstadt Hannover haben sich dafür entschieden, andere Jugendliche dort aufzusuchen, wo diese ihre Freizeit verbringen. Mit Veranstaltungen an belebten

Plätzen und einer Tour zu verschiedenen Jugendorten der Stadt kamen sie mit unterschiedlichsten Jugendlichen ins Gespräch und warben für die regelmäßigen Jugendforen, die dem Austausch und der Meinungsbildung dienen. Mit Veranstaltungen wie *Cook&Talk* kamen sie dann auch ins Gespräch mit Politikerinnen und Politikern sowie der Verwaltung – ein Veranstaltungsformat, das nun auch die Referenzkommune Rostock für sich entdeckt hat. Doch Kommunikation muss nicht nur zwischen Jugendlichen und Erwachsenen stattfinden: So nutzte der Oberbürgermeister den alljährlichen festlichen Neujahrsempfang der Landeshauptstadt Hannover, um das Vorhaben *Jugend lebt Stadt* den Anwesenden aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft näher zu bringen.

KURZ UND KNAPP

-
- **Die eigenen Inhalte und Themen, Anliegen und Beteiligungsmöglichkeiten müssen von den Akteuren aktiv in die Kommune hinein kommuniziert werden.**
-
- **Es muss überprüft werden, ob die gewählten Kanäle die Zielgruppe auch wirklich erreichen.**
-
- **Jugendliche wissen selbst am besten, wie sie erreicht werden können.**
-
- **Die eigene Sprache muss der gewählten Zielgruppe angepasst werden und dennoch authentisch sein.**
-
- **Transparenz und Information hilft bei Beteiligungsverfahren und einem partnerschaftlichen Umgang mit allen Akteuren.**

Öffentlichkeitsarbeit ist Lobbyarbeit

»Tue Gutes und rede darüber« – eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bietet nicht nur die Möglichkeit, eigene Projekte und Vorhaben sichtbar zu machen, sondern verleiht ihnen einen Platz in der Wahrnehmung von kommunalen Entscheidungsträger/-innen. Vor allen Dingen in jenen Kommunen, in denen eine Tageszeitung eine Lokalredaktion unterhält bzw. ausführliche Lokalteile in einer Tageszeitung angeboten werden, können neben der Berichterstattung über aktuelle Aktionen, Projekte und Veranstaltungen auch Aufrufe zur Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe oder einem anderen Gremium veröffentlicht werden. Klar ist auch: Für Politiker/-innen spielen lokale und regionale Medien eine große Rolle, um ihre eigenen Themen zu platzieren – ihr Besuch bei einem Jugendforum ist so nicht nur sichtbar für die anwesenden Jugendlichen, sondern auch für alle anderen Bürgerinnen und Bürger einer Kommune. Das Internet und Web-2.0-Anwendungen wie Facebook sind inzwischen gleichermaßen wichtig: Hat die Jugendgerechte Kommune einen eigenen, auffindbaren Platz auf der offiziellen Website der Kommune? Oder hat sie sogar eine eigene Website, deren Inhalte von allen beteiligten Akteuren geliefert werden? Informationen über den Prozess gebündelt online zur Verfügung zu stellen hilft auch dabei, den einzelnen Schritten und Projekten Transparenz zu verleihen. Immer weniger junge Menschen halten sich auf Facebook oder Twitter auf, sondern nutzen Messengerdienste wie WhatsApp, Threema und Co., um sich zu vernetzen und aktuelle Informationen zu erhalten. Allerdings sind hier die rechtlichen Rahmenbedingungen und Datenschutzbestimmungen zu prüfen. Dort aber, wo Fachkräfte sich auf die Kommunikationsgewohnheiten junger Menschen einlassen

können, zeitigt dies Erfolge in der Rückmeldungs- und Engagementkultur. Ebenfalls lohnt sich die Erstellung von gedruckten Werbematerialien, die einen Überblick über die Themen und Ansprechpartner/-innen der Jugendgerechten Kommune geben.

AUS DER PRAXIS

In allen Referenzkommunen hat sich gezeigt, dass die Präsenz in lokalen Medien von großer Bedeutung für die öffentliche Wahrnehmung der Jugendgerechten Kommune ist. Überall dort, wo Jugendkonferenzen und Jugendforen stattfanden, an denen politische Entscheidungsträger/-innen beteiligt waren, wurde in der lokalen Presse darüber berichtet. Finsterwalde, das Anfang 2018 als *Familienfreundliche Kommune* durch das Land Brandenburg ausgezeichnet wurde, kann durch die positive Berichterstattung über das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung Schwung für die künftigen Anliegen der Jugendgerechten Kommune mitnehmen, ebenso wie das Projekt *Jugend lebt – Jugend bewegt* aus Sömmerda, dem 2017 der Sonderpreis beim Thüringer Kinder- und Jugendpreis verliehen wurde. Wahrnehmbare kommunale Berichterstattung motiviert Entscheidungsträger/-innen, sich mit der Jugendgerechten Kommune auseinanderzusetzen.

Onlineangebote sind ebenso von großer Bedeutung: Im Landkreis Sömmerda ist ein Resultat des Prozesses der Aufbau eines Informationsangebotes zur Jugendgerechten Kommune und ihren Einzelvorhaben im Netz: jugendbewegtsoemmerda.wordpress.com. Auch in Bad Segeberg werden unter jugendgerechtekommune-segeberg.de Informationen zu Projekten, Veranstaltungen und den beteiligten Akteuren gebündelt.

Um Jugendliche zu erreichen sollte man sich der Lebensrealität von jungen Menschen stellen und erkennen, dass diese de facto im Internet stattfindet. Jugendliche informieren sich über das Internet, tauschen sich aus und haben Teil an etwas. Und all diese drei Fäden laufen in den sozialen Netzwerken zusammen. Doch dabei gilt: Wer glaubt, dass Social-Media-Arbeit damit getan ist, eine Facebook-Seite zu erstellen, der täuscht sich gewaltig. Nicht nur, dass idealerweise alle Arten von sozialen Medien genutzt werden sollten, sondern wichtig ist auch, dass regelmäßig interessant gestaltete Inhalte hochgeladen werden.

MAXIMILIAN PROTZNER, JUGENDPARLAMENT LEIPZIG

Die Referenzkommune Fürth bietet unter <http://echt-fuerth.de> Informationen zu Beteiligung und Jugendgerechtigkeit und führt mit wenigem Klicks zu Fördermöglichkeiten für Jugendprojekte, zu allen wichtigen Anlaufstellen, zum Jugendforum, zum Jugendbeirat und zu den damit verknüpften Social-Media-Kanälen. Fürth bietet auch einen WhatsApp-Broadcast an, über den sie aktuelle Informationen an ihre Abonnent/-innen schicken. Diese Methode wird auch von anderen Kommunen genutzt, um viele Jugendliche zu informieren und zu Veranstaltungen einzuladen.

In Berlin, Trier und Leipzig haben die Jugendparlamente einen Teil der Öffentlichkeitsarbeit selbst in die Hand genommen: Sie nutzen Instagram und Twitter, um Bilder, kurze Texte und Links zu streuen. Gerade Instagram als soziales Netzwerk spielt bei jungen Menschen eine sehr große Rolle, da hier Fotos dazu genutzt werden können, um niedrigschwellig auf Aktivitäten aufmerksam zu machen und Kontakt zwischen den Jugendparlamentarier/-innen und Interessierten herzustellen. Die Verbreitung von Flyern für Veranstaltungseinladungen hat u. a. in Merzig-Wadern für die

Sichtbarmachung der Aktivitäten rund um die Jugendgerechte Kommune gesorgt und so die Aufmerksamkeit für die 2017 durchgeführten Zukunftswerkstätten erhöht. Fachkräfte aus allen Referenzkommunen berichten aber auch, dass der persönliche Kontakt zu Jugendlichen und zu politischen Entscheidungsträger/-innen von sehr großer Bedeutung ist, um Interessierte für die Jugendgerechte Kommune zu aktivieren.

KURZ UND KNAPP

.....
 > **Informationen zur jugendgerechten Kommune und ihren Vorhaben sind online leicht auffindbar und werden regelmäßig aktualisiert.**

.....
 > **Die Öffentlichkeitsarbeit wird von Jugendlichen und Erwachsenen gemeinsam geplant, gestaltet und umgesetzt. Lokale Medienpartnerschaften sind wichtig für eine gute und transparente Berichterstattung und machen die eigenen Aktivitäten sichtbar.**

Schule als Partnerin für Jugendgerechtigkeit

Im Leben von Jugendlichen nimmt Schule einen ganz wesentlichen Stellenwert ein: Hier verbringen sie einen Großteil ihrer Zeit, hier treffen sie ihre Freundinnen und Freunde, hier werden sie für die Zukunft und das eigenständige Leben vorbereitet. Auf der einen Seite gehört die Ganztagschule in ihren vielfältigen Ausprägungen inzwischen zur Lebensrealität junger Menschen und verändert so auch ihren Bezug zu den Kommunen, in denen sie leben. Dies steht aber nicht selten in einem Konfliktverhältnis zu Bedürfnissen nach zeitlichen und räumlichen Freiräumen, zu ehrenamtlichem Engagement und zum Wunsch nach Beteiligung an der Gestaltung des Lebens- und Lernortes Schule selbst. Auf der anderen Seite ist für das Vorhaben der Jugendgerechten Kommune die Kontaktpflege und die Kooperation mit dem System Schule eine wesentliche (und nicht immer überwindbare) Hürde für die Einbindung junger Menschen in den Prozess. Dies beruht auf verschiedenen strukturellen Faktoren: Ist die Schule in kommunaler Trägerschaft oder in Trägerschaft des Landkreises? Gehen nur Jugendliche aus der Kommune auf eine Schule oder ist ihr Einzugsgebiet ein ganzer Landkreis? Gibt es Schulsozialarbeiter/-innen und in welcher Trägerschaft arbeiten sie? Existieren bereits gelingende Kooperation mit außerschulischer Jugendarbeit und Ganztagschule? Hinzu kommen Gelingensfaktoren, die auf individuellen Konstellationen und Bedingungen beruhen: Begegnen sich Schule und der Prozess Jugendgerechte Kommune auf Augenhöhe? Kennen sich die Ansprechpartner/-innen persönlich? Erkennen die Lehrer/-innen für sich und ihren Unterricht die Jugendgerechte Kommune als Lernfeld politischer und demokratischer Bildung an? Und manchmal sind auch sehr praktische Faktoren entscheidend: Haben

Schülerinnen und Schüler genug Zeit sich im Rahmen von kommunalen Beteiligungsformaten zu engagieren, wenn sie eigentlich durch die gebundene Ganztagschule keine Möglichkeit dazu haben? Nicht zuletzt fällt es Akteuren aus dem Bereich Schule manchmal schwer, sich für andere Perspektiven auf Jugendliche zu öffnen, die formale Bildung nicht in den Mittelpunkt allen Handelns stellen.

AUS DER PRAXIS

Das Beteiligungsformat, für das sich Trier ab 2018 entschieden hat, setzt eine enge Kooperation mit Schule voraus: Angelehnt an das sogenannte *Herrenberger Modell* wurden alle allgemeinbildenden Schulen der Stadt dazu eingeladen, zwei Delegierte pro 9. Klasse zur Jugendkonferenz zu entsenden, um dort gemeinsam mit Jugendlichen aus der jugendkulturellen Szene, aus Jugendzentren und aus den Jugendverbänden Themen zu erarbeiten, die sie betreffen und bewegen. In enger Vernetzung mit dem Trierer Jugendparlament sollen so Projektteams entstehen, die themenorientiert ihre Ideen und Vorhaben in die Kommunalpolitik geben und so ihre Stadt konkret mitgestalten können. Auch die Referenzkommune Fürth hat, teilweise mit hohem personellem Einsatz, die Schulen im Stadtgebiet dazu motivieren können, Delegierte zum Jugendforum zu entsenden. Die oben beschriebenen Herausforderungen sind damit zwar noch nicht abschließend aus dem Weg geräumt, es zeigt sich aber, dass durch die Kooperation mit Schule mehr junge Menschen für die Jugendgerechte Kommune begeistert werden können. Dass Schülerinnen und Schüler, die nicht unmittelbar in einer Kommune ihren offiziellen Wohnsitz, sehr wohl aber ihren Lebensmittelpunkt haben und

Unsere Stadt Naumburg ist nicht spürbar jugendgerechter geworden. Sich trotzdem der Herausforderung zu stellen, den politischen Entscheidungsträgern zu verdeutlichen, dass Jugendgerechtigkeit einen Mehrwert für die Kommune darstellt, ist wichtig. Es lohnt sich, schon allein wegen der engagierten jungen Menschen, den Prozess fortzusetzen.

SUSANNE RIESKE, STADTJUGENDPFLEGERIN IN NAUMBURG

deshalb dort mitbestimmen möchten, hat sich in Bad Segeberg gezeigt; hier wurde eine Stadtübergreifende Schüler*innenvertretung gegründet, die intensiv mit dem 2017 neu gewählten Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Bad Segeberg zusammenarbeitet und gemeinsam Veranstaltungen und Fortbildungen plant und durchführt. Verwaltungsrechtliche Hürden der Mitsprache in kommunalen Gremien werden hier von allen Akteuren gezielt in Angriff genommen und die Stadt stellt den Jugendlichen der Schüler*innenvertretung trotz eines engen kommunalen Haushaltes Mittel und Räume zur Verfügung.

Die Nachhaltigkeitsregion 5G und die Stadt Finsterwalde haben im Zuge des Kommunalprozesses erfolgreich Projekte der Kinderbeteiligung an Grundschulen aufgebaut, die die beiden Referenzkommunen langfristig als nachhaltige Beteiligungsformen über die Grundschulzeit hinweg zu verankern gedenken. In beiden Kommunen erhielten diese Projekte großen Zuspruch in der Bürgerschaft und sehr gutes Presseecho, ein Großteil der Forderungen der Grundschülerinnen und -schüler konnte direkt umgesetzt werden. Ein Gelingensfaktor war hier u. a. die kommunale Trägerschaft der Schulen, die den Kontakt zwischen Politik, Verwaltung, Jugendarbeit und Schule wesentlich vereinfachte.

Für das Gelingen des Jugendforums in Hamburg-Nord war u. a. entscheidend, dass die jugendlichen Teilneh-

menden für das Jugendforum vom Unterricht freigestellt worden sind und so Anerkennung für ihr Engagement für die Jugendgerechte Kommune erhalten haben. Insgesamt ist hier die Kooperation mit den Schulen im Stadtteil als positiv zu bewerten, da die Schulleitungen das Projekt sehr unterstützt haben und ermöglicht haben, dass im Rahmen von Klassenbesuchen über die Anliegen des Jugendforums informiert werden konnte. Leider konnten darüber hinaus noch keine weiteren Kooperationen mit Schulen entstehen, was an dieser Stelle auch der Dynamik einer Großstadt geschuldet ist.

KURZ UND KNAPP

-
- **Kooperation mit Schule auf Augenhöhe von Prozessbeginn an ermöglicht die Teilhabe von vielfältigen Jugendlichen an der Jugendgerechten Kommune.**
-
- **Jugendgerechtigkeit ist ein Aspekt politischer und demokratischer Bildung, auch wenn sie nicht im Klassenzimmer stattfindet.**
-
- **Schule und Jugendarbeit haben jeweils unterschiedliche Arbeits- und Lernformen, von denen aber beide Partner profitieren, wenn einmal der persönliche Kontakt hergestellt ist.**

Jugendgerechte Kommunen sind Länderthema

Die Lebenswelten Jugendlicher sind vor allem in der eigenen Kommune zu finden, und dort auch gestaltbar. Dennoch sind viele Rahmenbedingungen durch die Bundesländer geregelt, z.B. über die Gemeindeordnungen. Die Landesebenen bieten zudem regelmäßig die Möglichkeit, gute Erfahrungen an andere Kommunen weiterzugeben und gemeinsam neue Wege zu Jugendgerechtigkeit zu entdecken. Auch die Landesebenen profitieren davon, sich Jugendgerechte Kommunen genauer anzuschauen und die dort gewonnenen Erkenntnisse in der eigenen Arbeit zu reflektieren. Einige Bundesländer unterstützen ihre Kommunen mittlerweile mit eigenen Programmen und Strategien bei der Erprobung jugendgerechten Handelns vor Ort. Insbesondere bei Themen von kommunaler Relevanz, die jedoch durch eine einzelne Kommune nur bedingt steuerbar sind (Mobilität im ländlichen Raum, Internetausbau, ...) ist die Landesebene als Partnerin unverzichtbar.

AUS DER PRAXIS

Die Stadt Trier hat sich erfolgreich für eine Teilnahme an der Jugendstrategie *Jung. Eigenständig. Stark.* des Landes Rheinland-Pfalz beworben, welches die Entwicklung kommunaler Jugendstrategien in fünf Kommunen in Rheinland-Pfalz begleitet. Damit knüpft Trier nahtlos an Arbeitsergebnisse des Prozesses der Jugendgerechten Kommunen an. Gleichzeitig bringt Trier diese Erfahrung in den Austausch mit den vier anderen ausgewählten Kommunen ein und profitiert selbst davon, durch den Kontakt mit anderen Kommunen und der Landesebene neue Anstöße zu erhalten. Das Land Schleswig-Holstein hat eine lange Tradition von verpflichtender Jugendbeteiligung auf kommunaler

Ebene (geregelt in § 47f der Gemeindeordnung). Das Land hat deshalb auch von Beginn an großes Interesse am Prozess in Bad Segeberg gezeigt und diesen auch in die eigene Berichterstattung zum Stand der Jugendbeteiligung im Land aufgenommen. Für Bad Segeberg war es hingegen hilfreich, in Fragen Jugendbeteiligung einen klaren gesetzlichen Auftrag und kompetente Ansprechpersonen zu haben.

Die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen haben den Prozess auf Bundesebene zum Anlass genommen, einen gemeinsamen Fachtag für Fachkräfte der Jugendarbeit und der Jugendämter zu veranstalten. Dieser nutzte sowohl die Erfahrungen der Stadt Hannover als auch Kompetenzen anderer Kommunen mit ähnlichen Prozessen sowie Wissen von Landes- und Bundesebene. So konnte aus dem Prozess in Hannover ein Mehrwert für andere niedersächsische Kommunen entstehen.

Auch die Stadt Fürth teilt ihre Erfahrungen und Kompetenzen im Austausch mit anderen Kommunen und verbreitert so die Wissensbasis in Bayern. Der Bayerische Jugendring hat – gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden – einen eigenen Prozess zu Jugendgerechtigkeit auf der kommunalen Ebene angestoßen. Dies wiederum gibt dem Prozess in Fürth Rückenwind, da auch Akteure außerhalb des Jugendbereichs auf die Bedeutung des Themas aufmerksam werden.

Weitere Referenzkommunen wie Rostock und Sömmerda sind als Expertinnen für die Jugendgerechte Kommune bei Veranstaltungen auf Landesebene eingeladen und gestalten so aktiv die Eigenständige Jugendpolitik in Mecklenburg-Vorpommern bzw. Thüringen mit.



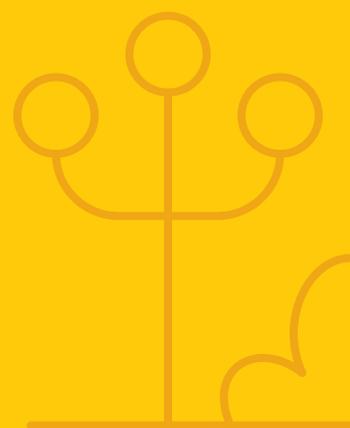
KURZ UND KNAPP

-
- Aktivitäten auf Landes- und Kommunalebene können sich gegenseitig stärken und inhaltlich voranbringen.
-
- Die Vernetzung mit der Landesebene hilft den Kommunen, Problemlagen außerhalb ihres Wirkungs- oder Kompetenzgebiets anzugehen.
-
- Eine auf Landesebene beschlossene verpflichtende kommunale Jugendbeteiligung kann Aktivitäten in den Kommunen anregen und unterstützen.



In unserem Landkreis wird jetzt an vielen Stellen mehr mit Jugendlichen gesprochen als zuvor. Das Jugendamt und andere Akteure treffen sich regelmäßig mit uns, zum Reden und Diskutieren. Dabei wird jeder ernst genommen. Zusätzlich steigt die Nachfrage über unsere Sichtweise von Projekten und das freut mich sehr. Mein Highlight aber war die Nominierung für den Kinder- und Jugendpreis von DER PARITÄTISCHE BuntStiftung Thüringen/Finanzgruppe Hessen-Thüringen, wo sogar der Ministerpräsident Bodo Ramelow unser Engagement lobte.

JONAS ECKE, JUGENDLICHER AUS DEM LANDKREIS SÖMMERDA



Fokusgruppen

in der

Jugendgerechten

Kommune

Eine Kommune wird dann jugendgerecht, wenn alle mitziehen: Jugendliche, Fachkräfte aus der Jugendarbeit und Jugendhilfe, Verantwortliche in der kommunalen Verwaltung und Entscheidungsträger/-innen in der Politik vor Ort. Das Besondere am Projekt *Jugendgerechte Kommune* ist deshalb auch die Idee, dass der Prozess von allen Akteuren gemeinsam gestaltet wird. Auf den Peer-Learning-Seminaren wurden nicht nur Gespräche zwischen den Akteuren der Referenzkommunen, sondern auch Austausch zwischen Vertreter/-innen der unterschiedlichen Fokusgruppen ermöglicht. Auch wenn diese Gruppen wiederum selbst sehr heterogen sind und unter verschiedenen Voraussetzungen ihr Engagement für Jugendgerechtigkeit gestalten, lohnt sich hier ein genauerer Blick auf ihre spezifischen Perspektiven und Herausforderungen.



Fokusgruppe: Jugendliche

Jugend findet in der Kommune statt, hier wachsen Kinder zu Jugendlichen und zu jungen Erwachsenen heran, hier gehen sie in der Regel zur Schule und in die Ausbildung, hier gehen sie ihren Hobbies nach, hier leben ihre Familien, ihre Freundinnen und Freunde. Doch *die Jugend* gibt es nicht: Jugend ist vielfältig, und die Lebenswelten junger Menschen unterscheiden sich genau so sehr voneinander wie jene von Erwachsenen. Ältere haben Vorstellungen von Jugend und selbst Erfahrungen damit, jung zu sein und bewerten Jugend oftmals im Vergleich mit ihren eigenen Erinnerungen. Das Reden über *die Jugend von heute* ist deshalb häufig geprägt von Pauschalisierungen und bestimmten Etikettierungen, die es in der Kommunalpolitik erschweren, außerhalb von Klischees und gefestigten Jugendbildern zu argumentieren. Aber: Auch Jugendliche selbst operieren mit Stereotypen von Politik, Verwaltung und Jugendarbeit, die es zu durchbrechen gilt, indem sie mit jenen in Kontakt kommen, die sie als verantwortlich für ihre Lebenswelten in der Kommune wahrnehmen.

JUGENDLICHES ENGAGEMENT VOR ORT

Insbesondere der Beginn der Lebensphase Jugend wird sehr stark von Schule und Ausbildung geprägt: Diese Institutionen strukturieren das Leben und begrenzen die Räume, die noch selbst gestaltbar sind. In Folge

der stärkeren Betonung der formalen Bildung durch die Ganztagschule und verkürzte Gymnasialzeiten, die in den letzten Jahren stattfand, verändern sich auch die Formen jugendlichen Engagements. Statt einer Mitgliedschaft in einem Verein und der Bindung an dauerhafte Strukturen steht themenbezogenes und projekthaftes Engagement im Vordergrund – insbesondere in größeren Städten. Hinzu kommt, dass der Wohnort nicht zwangsläufig die Kommune ist, in der am meisten Zeit verbracht wird: Im ländlichen Raum sind Schul- und Freizeitangebote oftmals nicht mehr vor Ort verfügbar, Peergroups kommen aus umliegenden Kommunen. Diese Rahmenbedingungen fordern ein mehrfaches Umdenken der Akteure für Jugendgerechtigkeit: Einerseits müssen Beteiligungsangebote ihre Beteiligungsgegenstände klar definieren, damit Jugendliche mit ihren punktuellen Anliegen andocken können. Andererseits sind die Jugendlichen mit einem berechtigten Beteiligungsinteresse nicht zwangsläufig nur anhand des Wohnorts zu identifizieren, sondern gegebenenfalls auch anhand ihres Lebensmittelpunkts. Für Kommunen, deren jugendliche Bevölkerung einen Großteil der Zeit außerhalb des Wohnorts verbringt, stellt sich hingegen die Frage der Zielgruppenansprache. Für alle Kommunen gleichermaßen gilt, dass jugendliche Zeit eine knappe Ressource ist.

VIELFÄLTIGE JUGEND – VIELFÄLTIGES ENGAGEMENT

Wenn jugendliches Engagement nicht mehr in dem Maße innerhalb von Jugendverbänden und Vereinen stattfindet, wie dies noch vor zehn oder 15 Jahren der Fall war, so erscheint es nicht verwunderlich, dass Jugendliche sich die Frage stellen, wo und wie sie ihre Anliegen politisch vertreten können bzw. wer sie vertritt, wenn sie sich nicht in organisierten Strukturen bewegen. Dies fordert zum einen die Jugendverbände heraus, da sie ihren Vertretungsanspruch noch besser kommunizieren und die eigenen Beteiligungsstrukturen verbessern müssen; zum anderen bedeutet das für Politik, dass sie auch nicht-verbandlich organisierte Jugendliche als gleichberechtigte Gesprächspartner akzeptiert.

Jugendliches Engagement wird zudem dadurch erschwert, dass Erwachsene nicht selten ihre eigenen Vorstellungen über und Erwartungen an Jugendliche auf diese projizieren. Zum Teil werden Jugendliche mit überzogenen Erwartungen oder übertriebenen Befürchtungen überfrachtet. Ob im Positiven oder im Negativen: Allzu einseitige Kenntnisse über die Lebensphase Jugend führen zu Missverständnissen und Enttäuschungen. Es ist daher wichtig, dass sich alle anderen Fokusgruppen auf die Jugendlichen vor Ort einlassen und sich mit deren Lebensrealitäten und Bedürfnissen vertraut machen.



AUGENHÖHE UND INFORMATION

Jugendlichen wird bisweilen vonseiten der Politik zu Unrecht unterstellt, dass sie Jugendbeteiligung als eine egoistische Wunsch-dir-was-Veranstaltung verstehen. Dabei zeigt die Erfahrung aus den Referenzkommunen, dass Jugendliche sehr wohl Verständnis für längere Abläufe in Verwaltung und Politik haben sowie für Kompromisse offen sind, wenn man sie transparent in den Prozess einbindet und erklärt, was gerade warum passiert und wo sich ein Vorhaben derzeit befindet. Auch für finanzielle und strukturelle Limitierungen bringen Jugendliche Verständnis auf, sofern diese nicht von oben herab als Basta-Politik kommuniziert werden, sondern transparent gemacht werden. Zudem können Jugendliche innovative Impulse in Politik und Verwaltung einbringen, wenn es eine Bereitschaft gibt, diese auch zu hören und aufzunehmen. Jugendliche sind keine Kinder, weshalb sie verständlicherweise mit Unmut reagieren, wenn Erwachsene ihnen nicht auf Augenhöhe begegnen wollen oder können. Bei allem Verständnis für Verwaltungs- und Politikprozesse gilt aber auch: Eine zügige Bearbeitung jugendlicher Anliegen kommt Jugendlichen sehr entgegen. In dieser sehr dynamischen Lebensphase kann jahrelanges Warten auf eine Umsetzung dazu führen, dass Jugendliche den Erfolg ihres Engagements selbst nicht mehr nutzen werden.

Bei vielen Beteiligungsthemen zeigt sich zudem, dass Jugendliche sehr wohl auch die Interessen anderer Bevölkerungsteile im Blick haben, gemeinsame Interessen identifizieren können und sich auf Kompromisse zum allseitigen Vorteil gut einlassen können. Jugendliche haben zudem ein sehr feines Gespür, wenn ihre Interessen und Veranstaltungen für fremde Zwecke, z.B. Wahlkämpfe, vereinnahmt werden sollen, und reagieren darauf mit Ablehnung und Rückzug. Sie wünschen sich – wie Erwachsene auch – dass Politikerinnen und Politiker auch nach ihrer Wahl zu ihrem Wort stehen und mit ihnen im Dialog bleiben.

VERNETZUNG

Jugendliche, die stark in Prozesse eingebunden sind, sind die besten Multiplikator/-innen, um noch mehr Jugendliche anzusprechen. Sie sind untereinander bestens vernetzt, verstehen die Nutzung der populären Social-Media-Plattformen und Messenger-Dienste und finden zudem eine verständliche Sprache. Gleichzeitig profitieren sie vom Austausch mit engagierten Jugendlichen in anderen Kommunen, lernen von deren Erfahrungen und vernetzen sich über kommunale Grenzen hinweg zu strukturellen und politischen Herausforderungen, denen sie sich gegenübersehen.





Fokusgruppe: Jugendarbeit

Fachkräfte der kommunalen Jugendarbeit sind in Jugendeinrichtungen, Jugendverbänden und anderen Arbeitsfeldern beschäftigt. Sie sind in der exklusiven Position, Zugänge zu allen anderen Fokusgruppen zu besitzen: Politik und Verwaltung stehen mit ihnen im Kontakt, da sie über die kommunal geförderten Angebote der Jugendarbeit beraten und entscheiden, Jugendliche hingegen suchen ihre Angebote auf und gestalten diese zum Teil mit den Fachkräften. Damit sind sie eine kostbare Ressource für Jugendliche und Erwachsene und können dort vermitteln und erklären, wo die jeweils andere Lebenswelt nicht verstanden wird. Dies zeigt jedoch auch an, wie schwer es in einer Kommune werden kann, wenn die Jugendarbeit nicht ausreichend ausgestattet ist.

PROFESSIONALITÄT UND UNTERSTÜTZUNG FÜR JUGEND

Fachkräfte der Jugendarbeit sind im Regelfall für die Arbeit mit diversen Gruppen ausgebildet und bringen die Professionalität mit, um konstruktive Dialogprozesse auch in vielfältigen Gruppen und in uneinheitlichen Interessenlagen zu moderieren und zu gestalten. Dabei sind sie sowohl in der Vorbereitung, in der Durchführung als auch in der Nachbereitung wertvolle Unterstützung für die beteiligten Akteure. Sie können Jugendliche hinsichtlich Politik- und Verwaltungsprozessen beraten und erläutern, welche Zugänge für ihre Anlie-

gen offen sind. Politik und Verwaltung hingegen können auf Jugendarbeit zugreifen, um Unterstützung bei der Bearbeitung jugendlicher Anliegen zu erhalten. Fachkräfte der Jugendarbeit haben zudem die Möglichkeit, Strömungen und Interessen Jugendlicher zu beobachten und zu erkennen, welche Handlungsbedarfe vor Ort zu bearbeiten sind. Diese Anliegen Jugendlicher können Fachkräfte bei Politik und Verwaltung vortragen. Das Eintreten für jugendliche Interessen ist ein schonender Umgang mit der knappen Ressource Zeit von Jugendlichen. Durch ihren guten Überblick über die verschiedenen jugendlichen Lebenswelten können Fachkräfte – vor allem, wenn sie mit anderen Fachkräften vor Ort im Austausch stehen – Jugendliche mit ähnlichen Interessen in Kontakt miteinander und mit Politik und Verwaltung bringen, um diesen Interessen zu einer besseren Geltung zu verhelfen. Neben der besseren Durchsetzung eigener Anliegen erfahren Jugendliche so die Bedeutung von Interessenbündelung und Kompromissen zum gegenseitigen Vorteil.

Nicht zuletzt bieten Fachkräfte Jugendlichen Freiräume zum Experimentieren: Wenn Fachkräfte sich um organisatorische und protokollarische Arbeit kümmern, gibt dies Jugendlichen die Möglichkeit, sich konzentriert mit ihren Anliegen zu beschäftigen. Zudem können sich Jugendliche bei Fachkräften organisatorische Fähigkeiten anschauen und sich bei Interesse im sicheren Rahmen ausprobieren.

JUGENDBETEILIGUNG ALS AUFGABENFELD DER JUGENDARBEIT

Jugendliche darin zu unterstützen, sich politisch und gesellschaftlich Gehör zu verschaffen, erfordert von Fachkräften der Jugendarbeit auch eine bestimmte Haltung in ihrer Profession: Im Fokus dieser Arbeit steht dann nicht, Jugendliche an bestehende Verhältnisse anzupassen, sondern mit ihnen gemeinsam und auf Augenhöhe, prozessorientiert und auf der Basis eines humanistischen Menschenbildes zu arbeiten. Dies bedeutet zum einen, in bestimmte Prozesse der Jugendbeteiligung auch dann nur beratend, aber nicht steuernd einzugreifen, wenn die Umsetzung eines Vorhabens zum Beispiel einer Jugendgruppe nicht zu gelingen droht – denn auch das gehört zur Lernerfahrung dazu. Zum anderen gilt es aber auch, sich als Fachkraft der Jugendarbeit als parteiliche und auch politische Person für Jugendliche und ihre Interessen zu begreifen, selbst dann, wenn dies Konflikte mit Politik und Verwaltung nach sich zieht.

Eine Haltung, die der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht fremd ist, die aber noch einmal besonders jene Fachkräfte herausfordert, die zum ersten Mal mit offenen Formen der Beteiligung in Kontakt kommen, bezieht sich darauf, mangelnde Beteiligung an diesen Veranstaltungen nicht persönlich zu nehmen. Einige Erfahrungen aus den Referenzkommunen zeigen, dass auch dann, wenn Fachkräfte ihre Angebote breit bewerben und auf vielen Wegen dazu einladen, Veran-

staltungen nicht gut besucht waren. Für die Fachkraft ist es dann wichtig, zum einen die eigene Methode kritisch zu hinterfragen statt sich vom Thema Jugendbeteiligung zurück zu ziehen, und zum anderen, diese Erfahrung nicht als Scheitern zu bewerten, sondern im eigenen Erfahrungshorizont zu verbuchen. Gute Fachkräfte der Jugendarbeit profitieren von Jugendgerechtigkeit und Jugendbeteiligung für ihr eigenes Arbeitsfeld und zur Erweiterung ihrer Methodenkompetenz.

WERTSCHÄTZUNG UND KONTINUITÄT SICHERSTELLEN

Fachkräfte der Jugendarbeit stehen jedoch in vielen Kommunen unter erheblichem Druck: Beschäftigungsverhältnisse werden prekärer, Strukturen der Jugendarbeit werden – sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur Anzahl der Jugendlichen – seit Jahren abgebaut. Stellen sind oftmals befristet, niedrig entlohnt und abhängig von Projektfinanzierungen. Fachkräfte der Jugendarbeit haben daher ein Interesse an der Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes, erfahren aber auch eine demotivierende materielle Geringschätzung ihres Engagements. Die prekären Beschäftigungsbedingungen sorgen zusätzlich für erhöhte Personalfuktuation und Vakanzen. Die immens wichtige Beziehungsarbeit mit Jugendlichen beginnt so regelmäßig von Neuem. Der hohe Druck auf den Fachkräften kann zudem dazu führen, dass diese ihre Frustration über die politische Geringschätzung ihrer Arbeit als generelle Politikverdrossenheit an *ihre* Jugendlichen übertragen. Am Zustand von Jugendeinrichtungen, Sportstätten und Schulen lesen Jugendliche zudem ebenfalls die politische Wertschätzung für Jugendliche ab. Eine Jugendgerechte Kommune hat daher ein großes Eigeninteresse daran, ihre Fachkräfte der Jugendarbeit in ansprechenden Beschäftigungsverhältnissen anzustellen und so eine stabile Brücke zur Jugend in einer Kommune zu schlagen.





Fokusgruppe: Verwaltung

Gemeindeverwaltungen in Deutschland sind zunächst einmal die Ansprechpartner für alle Anliegen und Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune, die durch die jeweiligen Gemeindeordnungen geregelt sind. Je nach Größe einer Kommune ist die Verwaltung in verschiedene Ämter, Einheiten und Abteilungen gegliedert, die unterschiedliche Sachgebiete betreuen. Jugendämter (manchmal auch Abteilung für Jugend oder Amt für Jugend und Soziales o. Ä.) sind in der Regel auf Landkreisebene oder in kreisfreien Städten angesiedelt und arbeiten zweigliedrig, also im Zusammenwirken von Verwaltung und Jugendhilfeausschuss; in Kommunen ohne eigenen Jugendhilfeausschuss werden Jugendthemen in keinem speziellen Ausschuss verhandelt, zumeist finden sie dann formal ihren Platz im Sozialausschuss. Die Verwaltung ist wiederum dafür zuständig, die Beschlüsse dieser Ausschüsse umzusetzen, zum Teil ist sie auch in die Vorbereitung von Beschlüssen stark eingebunden. Deshalb ist sie neben der Politik ein wichtiger Akteur an der Schnittstelle zu Fachkräften und Organisationen der Jugendarbeit und dadurch auch zu den konkreten Bedürfnissen junger Menschen.

IN KONTAKT KOMMEN, VONEINANDER LERNEN

Für engagierte Jugendliche ist häufig der erste Kontakt mit der kommunalen Verwaltung prägend für das Bild, das sie von ihrer eigenen Stadt und ihren Mitsprachemöglichkeiten vor Ort haben: Werden ihre Anliegen gehört? Werden sie als mitsprachefähige Bürgerinnen und Bürger wahr- und ernstgenommen? Nimmt man sich Zeit für sie und erklärt ihnen bestimmte administrative Vorgänge? Hier ist die Haltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung entscheidend: Versteht sich Verwaltung als Möglichmacherin im Rahmen der Gemeindeordnung oder der Kommunalverfassung und macht ihre eigenen Prozesse und ihr eigenes Handeln transparent, so stößt sie bei Jugendlichen eher auf Verständnis für die Dauer von Entscheidungs- und Kommunikationsprozessen. Wenn sie Jugendliche als ungebetene Bittsteller markiert und über das weitere Vorgehen, zum Beispiel hinsichtlich der Umsetzung von Beschlüssen, im Ungewissen lässt, wenden sich Jugendliche von der Verwaltung – und damit auch von ihrer Kommune – ab. Wie im Falle der Entscheidungsträger/-innen in der Politik ist es auch hier notwendig, dass Menschen, die in der Verwaltung, aber nicht im Jugendressort selbst tätig sind, verstehen, mit welchen Lebensrealitäten junge Menschen konfrontiert sind. In jenen Referenzkommunen, in denen die am Projekt beteiligten Jugendlichen ressortübergreifend mit der Verwaltung

ins Gespräch kamen oder sogar Qualifizierungsangebote für die Verwaltung konzipieren und anleiten durften, konnten Jugendthemen innerhalb der Verwaltungsstrukturen besser angeschoben und umgesetzt werden. Es lohnt sich, Übersetzungsprozesse zwischen den Lebenswelten Jugendlicher und der Sprache und dem Denken von Verwaltung zu initiieren, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufzubauen und gleichermaßen neue Impulse in Verwaltungsstrukturen auszusenden, die bestehende Vorgänge verbessern können.

RESSORTÜBERGREIFENDES HANDELN IN DER KOMMUNALVERWALTUNG

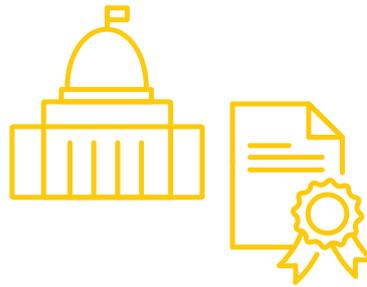
Verwaltungseinheiten und in der Verwaltung tätige Personen haben in der Regel klare Stellenprofile und Zuständigkeitsbereiche, innerhalb derer sie sich nicht nur sehr gut auskennen, sondern in denen sie auch Entscheidungen treffen können. Je nach Organisationsstruktur einer kommunalen Verwaltung finden regelmäßige Austauschrunden innerhalb einer Abteilung oder eines Ressorts statt, in denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenseitig über laufende Entwicklungen informieren. So können im Bestfall Synergieeffekte geschaffen werden, von denen ein Thema wie Jugendgerechtigkeit in hohem Maße profitiert. Ebenso notwendig ist es, dass in der kommunalen Verwaltung ressortübergreifend unter Einbezug der Abteilung Jugend gehandelt wird, da gemeinsam beratene Anliegen vielfach auch Jugendliche betreffen. Ressortübergreifendes Denken und Handeln ist ein entscheidendes Kriterium für das Gelingen von Jugendgerechtigkeit vor Ort: So haben Jugendliche zum Beispiel in stadtplanerischen Angelegenheiten, die vom Bauamt geplant und durchgeführt werden, nicht nur wenig Mitsprachemöglichkeiten – schon das Wissen über die Lebenswelten junger Menschen findet keinen Eingang in das zuständige Ressort, da kein Kontakt zum Jugendressort besteht. In jenen Referenzkommunen, in denen die Federführung für das Projekt *Jugend-*



gerechte Kommune in der Verwaltung verortet war, konnte dadurch auch einfacher Kontakt zu anderen Ressorts und Verwaltungseinheiten hergestellt werden. Dies gilt insbesondere in kleineren Kommunen, in denen die Verwaltungsmitarbeiter/-innen sich persönlich kennen oder zumindest die Amtswege nicht besonders lang sind. Dies beginnt beim Kontakt zum Hauspersonal im Rathaus, das die Sitzungsräume verwaltet und geht bis hin zur Einbindung mehrerer Ressorts in Steuerungsgruppen für mehr Jugendgerechtigkeit.

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit kann dabei sowohl von der Verwaltungsspitze verordnet und kontrolliert werden als auch auf der Arbeitsebene über den kurzen Dienstweg entstehen. In beiden Fällen ist es entscheidend, dass die ressortübergreifende Zusammenarbeit von allen beteiligten Ressorts als fruchtbar für die eigene Arbeit erlebt wird. Der Auftrag an das Jugendressort ist dabei, den Mehrwert der Kooperation für die jugendlichen Bürger/-innen sowohl auf der kurzfristigen als auch auf der langfristigen, strategischen Ebene für eine Kommune herauszuarbeiten und darzustellen.

Ob in kleineren oder in größeren Kommunen – eines steht fest: Ist die Verwaltungsspitze und/oder die politische Führung einer Kommune von Jugendgerechtigkeit als Handlungsfeld überzeugt und gibt dies als Haltung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung weiter, so zeigen sich diese offener für neue oder bisweilen auch unkonventionelle Anfragen durch Jugendliche.



Fokusgruppe: Politik

Der Peer-Learning-Prozess hat gezeigt, dass es nicht einfach ist, politische Amts- und Mandatsträger/-innen für die Zielgruppe Jugend und das Thema Jugendpolitik zu gewinnen. Dies hat mehrere Gründe, die zum einen mit strukturellen Bedingungen der rund 11.000 Kommunen in ganz Deutschland zu tun haben, und die zum anderen auf den immer noch geringen Stellenwert von Jugendgerechtigkeit im politischen Alltagsgeschehen verweisen.

KOMMUNEN IN DEUTSCHLAND

Je nach Größe und Bundesland sind die politischen Strukturen sowie die Verwaltungsstrukturen einer Kommune sehr unterschiedlich: In kleineren Kommunen sind die Bürgermeister/-innen ehrenamtlich mit der Gemeinde- und Verwaltungsleitung beauftragt, in größeren Kommunen sind sie hauptamtlich tätig und haben Beigeordnete (die je nach Bundesland anders bezeichnet werden), mit denen sie sich die Geschäftsbereiche teilen. Selbiges gilt für Gemeinderäte, Stadträte oder andere Vertretungen in den kommunalen Parlamenten: In großen Kommunen sind es (teil-)berufsmäßige, in kleinen Kommunen sind es ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder, die die Bürgerinnen und Bürger in Fraktionen oder parteilos politisch vertreten. Auch sind je nach Bundesland und Größe der Kommune die Zuständigkeiten für Jugend in unter-

schiedlichen Gremien und Ausschüssen verortet. In Anbetracht der großen Themenvielfalt, die auf kommunaler Ebene die Menschen und damit auch Politiker/-innen bewegt, macht *Jugend* bzw. das Thema Jugendgerechtigkeit jedoch zumeist nur einen sehr kleinen Teil in einem großen kommunalen Sachgebiet aus, das zurzeit u. a. von der Politik für Kinder in Form des gesetzlichen Anspruchs auf Kindertagesbetreuung und dessen Umsetzung auf kommunaler Ebene dominiert wird. Jene Politiker/-innen, die sich in Sozial- oder Jugendhilfeausschüssen engagieren, müssen folglich (auch in Anbetracht ihres Zeitbudgets) Prioritäten setzen, was für die Kommune am dringendsten geklärt und umgesetzt werden muss, wo eine Kommune finanzielle und personelle Investitionen vorzunehmen hat, wo sie aus rechtlicher Sicht handeln muss und wo sie sich selbst auch Freiräume erlauben kann. Nicht zuletzt spielen hier auch die Arbeitsschwerpunkte und Erfahrungshorizonte politischer Entscheidungsträger/-innen eine große Rolle und ob sie selbst einen persönlichen oder fachlichen Bezug zu jugendlichen Lebenswelten haben. Aktive Fürsprecher/-innen unter Kommunalpolitiker/-innen für Jugendgerechtigkeit zu finden ist unter diesen Umständen eine Herausforderung, die einerseits einer gezielten Lobbyarbeit bedarf und die andererseits Politik davon überzeugen muss, dass es sich lohnt, jugendliche Anliegen in das

Zentrum des eigenen Handelns zu stellen, auch wenn die Sachzwänge dafür zunächst nicht so auf der Hand zu liegen scheinen, wie sie dies in anderen kommunalpolitischen Handlungsfeldern tun.

JUGEND: UNSICHTBAR, BIS WAS PASSIERT?

Es zeigt sich auch, dass Jugend häufig erst dann in den Fokus politischen Handelns rückt, wenn beispielsweise Konflikte um die Nutzung öffentlicher Flächen wie Parks und Plätze zwischen Erwachsenen und (einigen wenigen) Jugendlichen entstehen und diese dann stellvertretend für *die Jugend* in einer Kommune als Problem behandelt werden. Jugendliches Engagement und Jugendgerechtigkeit treten so hinter ein defizitäres Bild von Jugend zurück und werden nicht als Teil der Lösung anerkannt, die unter Umständen hätte verhindern können, dass es zu solchen Konflikten kommt. In jenen Referenzkommunen, in denen Jugendliche konkret an der Gestaltung von Bürgerparks, Grünflächen und anderen öffentlichen Plätzen beteiligt worden sind, werden diese Orte nicht nur von der Jugend selbst besser angenommen und wird mit

ihnen pfleglicher umgegangen. Auch wurde deutlich, dass es viele Überschneidungen und gemeinsame Interessen mit anderen sozialen Gruppen wie Seniorinnen und Senioren oder Familien mit Kindern gibt, wenn alle gleichermaßen die Möglichkeit haben, ihre Ideen einzubringen und sich gegenseitig zuzuhören.

DIALOGE ERMÖGLICHEN

Zu dieser Art von Kontakt und Austausch zwischen Politik und Jugend muss es allerdings auch erst einmal kommen; so haben zwar in allen 16 Referenzkommunen Jugendforen, Jugendkonferenzen oder Zukunftswerkstätten stattgefunden, zu denen auch Politiker/-innen eingeladen waren, jedoch nutzten diese auf sehr unterschiedliche Arten und Weisen diese wichtige Plattform, um mit den Anliegen und konkreten Vorstellungen der jugendlichen Teilnehmenden ins Gespräch zu kommen. Während in vielen Kommunen die anwesenden Entscheidungsträger/-innen aus der Politik die Anliegen ausführlich mit den Jugendlichen besprachen und sie in Teilen direkt, in Teilen später umsetzten, so nutzten andere Politiker/-innen die jeweilige



Beteiligungsform entweder lediglich für den Wahlkampf oder verstanden Beteiligung eher im Sinne einer Anhörung, deren Ergebnisse nicht als Arbeitsauftrag verstanden wurden. Dort, wo Jugendlichen im Rahmen einer Beteiligungsveranstaltung nicht nur zugehört wurde, sondern wo ihnen eine grundsätzliche Offenheit bei gleichzeitiger Verbindlichkeit, sich weiterhin für die Anliegen einzusetzen, entgegengebracht wurde und es zu Follow-Up-Veranstaltungen und weiteren, auch informellen Treffen mit der Kommunalpolitik kam, dort schätzen nicht nur die Jugendlichen das gute Verhältnis mit Politiker/-innen. Auch Politiker/-innen selbst geben an, viel für ihre eigene Arbeit gelernt zu haben und vom Perspektivwechsel und der positiven Energie der Beteiligungsveranstaltungen profitiert zu haben.

Ein Hemmnis für die aktive Teilnahme politischer Entscheidungsträger/-innen an Jugendforen und Jugendkonferenzen oder auch der regelmäßige Austausch mit Jugendparlamenten oder anderen Gruppierungen junger Engagierter ist auch, dass Politiker/-innen befürchten, der Jugend aus Sachzwängen, zum Beispiel finanziellen oder kommunalrechtlichen Gründen nicht gerecht werden zu können und sie deshalb in eine eher abwehrende Haltung gegenüber jugendlichen Anliegen geraten. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Jugendliche nicht verlangen, dass alles sofort und genau so, wie sie es wollen, umgesetzt wird; vielmehr wünschen sie sich Transparenz und einen guten Informationsfluss und wertschätzen einen offenen Umgang, der Grenzen des Machbaren zeigt, aber sich auch bemüht, diese Grenzen weitest möglich aufzuweichen und Improvisation zu wagen. Wo ist Spielraum in der Kommunalverfassung möglich, wo können pragmatische und innovative Lösungen gefunden werden, die über Parteigrenzen hinausgehen?

WIE POLITIK VON JUGENDGERECHTIGKEIT PROFITIERT

Angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftebedarfs, aber auch des immer größer werdenden Wunsches der Zivilgesellschaft, öffentliches Leben noch aktiver mitgestalten zu dürfen, können die Bedürfnisse und Lebenslagen junger Menschen in der Kommune nicht vernachlässigt werden, ohne dass dies sich negativ auf diese auswirkt: Fühlen Jugendliche sich wohl in ihrer Kommune, werden sie von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ernst genommen, werden sie nicht nur angehört, sondern dürfen mitentscheiden und die Ergebnisse dieser Entscheidungen miterleben, so spiegelt sich dies nicht nur in einem positiven Verhältnis zum Heimatort, sondern auch in einem positiven Staats- und Gesellschaftsbild junger Menschen wider. In Gegenden, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind, zeigt sich, dass Jugendgerechtigkeit in all ihren Dimensionen auch als sogenannter demografischer Haltefaktor zu betrachten ist. Das heißt nicht nur, dass Jugendliche sich einfach dafür entscheiden, in ihrer Kommune zu bleiben, sondern auch, dass sie für Ausbildung und Studium vielleicht in eine andere, meist urbanere Gegend ziehen, aber später als hochwillkommene Fachkräfte und junge Eltern zurück in ihre Heimat kommen und dort Zivilgesellschaft mitgestalten. Nicht zuletzt sind Jugendliche keine isolierte soziale Gruppe: Jugendliche haben – wie Kinder – Eltern und Verwandte, denen sie am Herzen liegen. Wenn sich eine Kommune um ihre Jugendlichen kümmert, kümmert sie sich auch um deren Familien. In dieser Schnittmenge zwischen den Bedürfnissen junger Menschen und den Handlungsfeldern, durch die sich Politik herausfordert fühlt, liegt eine große Chance für eine lebendige Kommune, in der alle Generationen gut miteinander leben.



Die Werkzeugbox **Jugend gerecht werden**

Um das Ziel der jugendgerechten Kommune zu verwirklichen, kann man sich auf viele Hilfestellungen berufen, die bereits veröffentlicht worden sind. Material und Lektüre zu kommunalen Fragestellungen aus vier verschiedenen Handlungsfeldern bilden die Werkzeugbox *Jugend gerecht werden*, welche allen Interessierten online zur Verfügung steht.

In der Werkzeugbox werden zahlreiche praxisnahe Inhalte bereitgestellt, die Jugendliche, Fachkräfte sowie Politik und Verwaltung dabei unterstützen können, jugendgerechte Themen vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. In diesem Angebot der Koordinierungsstelle werden zum Beispiel gute Argumente für mehr Partizipation sowie unterschiedliche Jugendbeteiligungsformate für verschiedene Ebenen vorgestellt. Handlungsmöglichkeiten für Politik und Verwaltung werden hier genauso mit Werkzeugen unterfüttert wie die Unterstützungsmöglichkeiten von Fachkräften für Jugendliche. So finden sich unter anderem Materialtipps zu den Bereichen Selbstorganisation von Jugend, europäische Mobilität, Inklusion, Beteiligung geflüchteter Jugendlicher sowie zur Umsetzung Eigenständiger Jugendpolitik vor Ort. Auch Werkzeuge zur politischen Bildung, zur Netzwerkarbeit und zu Perspektiven für die Zeit nach einem Studienabbruch sind in die Werkzeugbox aufgenommen worden. Unter den über 200 im Internet verfügbaren Quellen finden sich auch methodische Anregungen dazu, wie jugendrelevante Orte sichtbar gemacht werden können, wie man Jugendliche an der Stadtentwicklung beteiligen kann und wie Strategien für eine nachhaltige Jugendhilfeplanung entwickelt werden können.

Die Sammlung von Empfehlungen mit Methoden und Handreichungen sowie Argumentationshilfen bündelt Wissen für alle, die sich für die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher einsetzen.



**DIE WERKZEUGBOX IST ALS DIGITALES ANGEBOT VERFÜGBAR
UNTER [HTTPS://WERKZEUGBOX.JUGENDGERECHT.DE](https://werkzeugbox.jugendgerecht.de)**

WERKZEUGBOX. JUGEND GERECHT WERDEN

Werkzeuge & Hilfe

JUGENDLICHE

„ Meine Stadt ist nicht gerecht genug. Deshalb will ich vor Ort was verändern! Hier finde ich raus, wie das gehen kann.“

FACHKRÄFTE

„ Ich arbeite mit Jugendlichen und möchte gemeinsam mit ihnen unsere Stadt Jugendgerechter machen. Hier finde ich Methoden und Informationen.“

POLITIK & VERWALTUNG

„ Ich setze mich in meiner Kommune für mehr Jugendgerechtigkeit ein. Hier finde ich vieles, das mich dabei unterstützt.“

HERZLICH WILLKOMMEN IN DER WERKZEUGBOX „JUGEND GERECHT WERDEN“!

Wie gestaltet man einen Ort Jugendgerechter? Wie lässt sich Jugendbeteiligung etablieren? Wie lassen sich nachhaltige Strukturen für Jugendgerechtigkeit aufbauen? Wie bleibt die Kommune ein Lebensraum zum Wohnen? Und wer unterstützt Jugend bei der Zukunftsgestaltung?

Materialien aus dem Prozess *Jugendgerechte Kommunen*

Die Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* stellt in der Werkzeugbox auch Materialien aus dem Prozess *Jugendgerechte Kommunen* bereit, um die Gestaltung kommunaler Prozesse für Jugendgerechtigkeit zu unterstützen.

MATERIALBEISPIEL:

LEITFRAGENKATALOG ALS AUSGANGSPUNKT EINER JUGENDGERECHTEN KOMMUNALENTWICKLUNG

Um den heterogenen Herausforderungen und Besonderheiten von Kommunen gerecht zu werden, braucht es für jede Kommune einen eigenen Prozess auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit. Dieser umfasst im Wesentlichen vier methodische Schritte: Bestandsaufnahme, Zielentwicklung, Umsetzung und Fortschreibung. Grundlegend ist eine Ist-Stand-Analyse – zur Feststellung von Handlungsbedarfen und zur Zielsetzung. Anhand der bereitgestellten Leitfragen bereiten die Prozessverantwortlichen in der Kommune unter Mitwirkung von Jugendlichen und in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren den Ist-Stand auf. Im Anschluss erstellt die Kommune einen Prozessplan, der sich an konkreten, realistischen Zielen orientiert. Diese kurzfristigen und langfristigen Ziele können anhand der Handlungsfelder der Merkmale Jugendgerechter Kommunen untergliedert werden, die ebenfalls in der Werkzeugbox abrufbar sind. Dies ist der Einstieg in einen Prozess zur nachhaltigen jugendgerechten Kommunalentwicklung.



Schlussfolgerungen

Da Kommunen in Deutschland sehr unterschiedlich sind, sind manche der Gelingensbedingungen für den jeweiligen Kontext vor Ort nicht so relevant wie andere. Und trotz dieser Unterschiedlichkeit gibt es Herausforderungen, denen sich jede Kommune auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit stellen muss. Mithilfe von Impulsfragen können Kommunen, die sich selbst auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit machen wollen, ihre Ausgangsbedingungen dafür überprüfen. Diese Thesen und Fragen dienen als geeignete Startpunkte, um Klarheit über die nächsten Schritte und die mögliche Ausrichtung eines Prozesses zu erhalten.

THESEN & IMPULSFRAGEN

IMPULSE FÜR DEN EIGENEN KOMMUNALPROZESS



Jugendgerechtigkeit ist mehr als Jugendbeteiligung.

Wenn sich Kommunen mit dem Thema Jugendgerechtigkeit beschäftigen, ist Jugendbeteiligung meist ganz oben auf der Liste. Das ist auch gut so, es reicht aber nicht aus: Jugendgerechtigkeit heißt auch, dass Politik und Verwaltung selbstkritisch die eigenen Strukturen betrachten und verändern. Wird dieser Arbeitsschritt ausgelassen, kann Jugendbeteiligung nur schwer andocken. Die gemeinsamen Ziele im Bereich Jugendgerechtigkeit können nur erreicht werden, wenn alle Gruppen ihre Hausaufgaben machen und sich für die jeweils anderen Gruppen öffnen, um ein wirksames Miteinander zu ermöglichen.



Jugendliche sind motiviert.

In jeder Kommune finden sich Jugendliche mit Gestaltungswillen. Sie wissen ziemlich genau, welche Anliegen sie haben und wie sich ihre Lebensqualität steigern lässt – und auch dann, wenn sie es nicht direkt formulieren können, haben sie doch ein Gefühl dafür, das durch die Unterstützung von Fachkräften Ausdruck finden kann. Die Herausforderung besteht darin, diese Motivation für kommunale Politik zu nutzen und jugendliche Interessen nicht als potentiellen Stör- und Kostenfaktor auszublenden. Wer Bereitschaft zum ernsthaften Dialog und Kreativität mitbringt und engagierten Jugendlichen eine Struktur zur Seite stellt, wird nicht nur die eigene Kommune jugendgerechter machen, sondern auch die Identifikation mit der Kommune bei Jugendlichen und ihnen nahestehenden Personen fördern.





Fachkräfte im Jugendbereich brauchen gute Rahmenbedingungen.

In vielen Kommunen ist die Stellensituation im Jugendbereich (sowohl bei Trägern der freien als auch bei Trägern der öffentlichen Jugendhilfe) wenig attraktiv: Einerseits sind viele Stellen befristet und nur in Teilzeit finanziert, andererseits beansprucht die Umsetzung des gesetzlich verankerten Betreuungsanspruchs viele Ressourcen in der Verwaltung. Jugendpolitik gerät hingegen sowohl bei Politik als auch bei Verwaltung leicht aus der Aufmerksamkeit und wird – auch aufgrund der niedrigen Regelungsdichte für Jugendangebote – nachrangig bearbeitet. Wenn Fachkräfte bei Trägern der freien Jugendhilfe prekär und befristet beschäftigt werden, erhöht dies die Personalfuktuation und erschwert kontinuierliches Handeln sowie die wichtige Beziehungsarbeit. Dies schafft schwierige Rahmenbedingungen für die Personengruppen, die mit dem Thema Jugendgerechtigkeit am meisten zu tun haben.



Jugendgerechtigkeit muss als professionelle Haltung etabliert werden.

Wenn eine Kommune wirklich jugendgerecht geworden ist, zeigt sich das in der Haltung von Politik, Verwaltung und Fachkräften: Werden die Interessen und Anliegen Jugendlicher mitgedacht? Ist man im Austausch mit Jugendlichen vor Ort? Sind die Wege zwischen den Personen, die mit Jugendanliegen beschäftigt sind, bekannt? Werden Jugendanliegen aufgegriffen? Diese Verhaltensweisen sind Ausdruck einer Haltung, die Jugendliche als aktive Bürgerinnen und Bürger einer Stadt begreift und ihr Engagement schätzt und unterstützt.



Jugendgerechtigkeit ist ein langfristiges Vorhaben, bei dem auch kleine Erfolge gefeiert werden müssen.

Die vielfältigen Ausdrucksformen von Jugendgerechtigkeit sind nicht über Nacht umzusetzen, sondern müssen erarbeitet und eingeübt sein. Der Kontakt über Ressort- und Berufsgrenzen hinweg für und mit Jugendlichen ist auch Beziehungsarbeit, die Vertrauen und Zeit benötigt. Wer sich auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit einlässt, braucht Ausdauer, verlässliche Partnerinnen und Partner und eine große Veränderungsbereitschaft. Umso wichtiger ist es, auch kleine Erfolge und Fortschritte zu markieren, zu würdigen und zu feiern.





Ressortübergreifendes Handeln bleibt eine zentrale Herausforderung.

Jugendpolitisch ist die Notwendigkeit für ressortübergreifendes Handeln unbestritten. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den Formulierungen der Kommunalverfassungen, die vorsehen, Jugendliche an allen sie betreffenden Themen zu beteiligen – entweder verpflichtend wie in Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg, oder zumindest als Soll-Bestimmung wie in den meisten anderen Bundesländern. In der kommunalen Praxis zeigt sich aber, dass jugendliche Interessen und Anliegen außerhalb des Jugendressorts nur selten berücksichtigt werden. Es ist daher zentral für die Entwicklung einer jugendgerechten Kommune, Anlässe zur Einbindung weiterer Ressorts zu erkennen und die notwendigen Verbindungen herzustellen – entweder über den direkten Kontakt oder über die Verwaltungsspitze. Darauf aufbauend können dann systematische Austauschrunden zu jugendrelevanten Themen in verschiedenen Abteilungen geschaffen werden, in denen auch Wissen über die Lebensphase Jugend geteilt werden sollte. Wenn sich dieses Wissen auch außerhalb des Jugendressorts verbreitet, werden jugendrelevante Themen künftig mit höherer Wahrscheinlichkeit identifiziert und entsprechend bearbeitet werden können.



Jede Kommune ist anders. Ja, auch Ihre.

Es gibt nicht den einen Weg, den einen Plan für mehr Jugendgerechtigkeit. Es gibt keine Checklisten, die abgearbeitet werden können. Es gibt keine abschließende Definition, wann genau eine Kommune jugendgerecht ist. Die konkreten Ausdrucksformen von Jugendgerechtigkeit sind so unterschiedlich wie jede der über 11.000 Kommunen in Deutschland. Die Erfahrungen aus dem Prozess *Jugendgerechte Kommune* sind daher Impulse und Anregungen, welche Fragen und Aspekte die eigene Befassung mit dem Thema Jugendgerechtigkeit unterstützen können. Der Blick in andere Kommunen hilft dabei, neue Methoden und Argumente zu finden. Der Austausch mit anderen Kommunen kann zu einer besseren Einordnung der eigenen Arbeit führen. Der Blick auf andere Kommunen kann aber auch dazu führen, sich zu vergleichen – und im Vergleich gefühlt nicht gut dazustehen. Dabei gerät schnell aus dem Blick, wie unterschiedlich die kommunalen Rahmenbedingungen sind – und dass sich jede Kommune letztlich am besten mit sich selbst vergleichen kann. Denn jede Kommune ist anders und benötigt einen eigenen Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit.



Impulse für den eigenen Kommunalprozess

Jugendgerechtigkeit auf der kommunalen Ebene ist ein lohnenswertes Unterfangen: Jugendgerechte Kommunen berücksichtigen die Bedürfnisse einer meist eher übersehenen Bevölkerungsgruppe und legen den Grundstein für eine aktive, mit der Heimatkommune identifizierte Bürgerschaft. Um den Prozess in der eigenen Kommune zu starten, ist es hilfreich, zunächst die richtigen Fragen zu stellen und zu analysieren, wo man eigentlich genau steht. Auf Grundlage der Erfahrungen der Referenzkommunen bieten sich mit Blick auf die Rahmenbedingungen, Ressourcen und Strukturen den Akteuren in einer Kommune folgende Impulsfragen an:

GRUNDVORAUSSETZUNGEN

-

➤ Welche Netzwerke und Bündnisse gibt es in der Stadt bereits, die sich mit dem Thema Jugend beschäftigen? Wer ist dort involviert?

.....
- Welche Akteure in Politik, Verwaltung und Fachwelt sind für das Thema Jugendgerechtigkeit zu gewinnen? Welche Jugendlichen bzw. Jugendorganisationen sind ansprechbar und am Thema interessiert? Welche Organisationen und Personen müssen eingebunden werden?

.....
- Wo haben Jugendliche Berührungspunkte mit unserer Politik, unserer Verwaltung, unseren Fachkräften?

.....
- Was soll sich aus Sicht der beteiligten Akteure (Jugend, Fachkräfte, Politik und Verwaltung) verändert haben, wenn die Kommune jugendgerecht geworden ist?

WISSEN UND VERSTÄNDNIS

- › Was wissen wir über die Lebenswelt Jugendlicher in unserer Kommune?
- › Wann und wo können sich Jugendliche wie und woran beteiligen?
- › Wie werden Wissen, Fähigkeiten und Ergebnisse zu den Lebenswelten junger Menschen, zu Beteiligungsformaten und zu Absprachen in der Kommune gesichert?

STRUKTUREN UND AUSSTATTUNG

- › Welche Mittel stellt die Kommune für das Thema Jugend zur Verfügung? Wofür werden diese Mittel verwendet und wo wird über die Mittelverwendung entschieden?
- › Wie viele und welche Personen sind hauptberuflich mit der Unterstützung von Jugend im Ort befasst?
- › Welche Regelungen und Strukturen in der Kommune stärken Jugendinteressen und deren Berücksichtigung in der Kommune?
- › Wie werden Veranstaltungen, Sitzungen und Partizipationsformate attraktiv(er) für Jugend?
- › Welche Räume in der Kommune können Jugendliche frei und selbstbestimmt nutzen? Welche Jugendlichen nutzen diese Freiräume?

KOMMUNIKATION UND KOOPERATION

- › Wie kommunizieren wir als Politik und Verwaltung mit den jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohnern?
- › Welche jugendpolitischen Angebote und welchen Rahmen setzen die Landespolitik und die Landesgesetzgebung (z. B. Kommunalverfassung, Jugendstrategie, Förderprogramme, ...)?
- › Welche Schulen sind in der Kommune und welche Kontakte gibt es zum Jugend(hilfe)bereich?
- › Wie wird über junge Menschen in der Kommune medial berichtet? Was tragen wir zu dieser Berichterstattung bei?

Diese Leitfragen können als Grundlage für die Prozessarbeit auf dem Weg zu einer jugendgerechten Kommune dienen. Einen weiterführenden systematischen Leitfragenkatalog als Analyse- und Planungsinstrument für eine jugendgerechte Kommunalentwicklung bietet die Koordinierungsstelle online unter werkzeugbox.jugendgerecht.de an.



Anhang

Von der Ostsee bis in den Schwarzwald, vom Münsterland bis in den Elbe-Elster-Kreis: Die 16 Referenzkommunen, die am Prozess Jugendgerechte Kommune teilgenommen haben, werden im Folgenden mit kurzen Steckbriefen vorgestellt.

Der Prozess der Jugendgerechten Kommunen ist ein Einzelvorhaben der Jugendstrategie *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft 2015–2018* und somit eines von zahlreichen Projekten, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Grundsätze der Eigenständigen Jugendpolitik in verschiedenen Zusammenhängen in den Fokus zu rücken. Aus den Projekten heraus sind Arbeitshilfen und Dokumentationen entstanden, die ein vielfältiges und gleichermaßen tiefgehendes Bild von Jugendgerechtigkeit zeichnen und zur Weiterarbeit motivieren. Einige davon sind für die kommunale Ebene sehr hilfreich, sie sind hier zusammengestellt.

Kompetent begleitet wurde der Prozess Jugendgerechte Kommunen vom Planungsstab der Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft*, dessen Mitglieder wichtige Impulse für die laufende Arbeit mit den Kommunen und den daraus resultierenden jugendpolitischen Handlungsfeldern beigetragen haben.

Ein Projekt wie die Jugendgerechte Kommune muss sich ebenso an den genannten Gelingensbedingungen messen lassen – und so steht fest: Nur durch gute Kommunikation, Kooperation auf Augenhöhe und die Bündelung von Kompetenzen zu Themen und Handlungsfeldern wurde es möglich, diese Broschüre vorzulegen. Dafür gilt allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ein herzlicher Dank.

STECKBRIEFE DER REFERENZKOMMUNEN

JUGENDSTRATEGIE 2015–2018

HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT

PLANUNGSSTAB DER KOORDINIERUNGSSTELLE

HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT

LEKTÜRE- UND MATERIALHINWEISE

Bad Segeberg



BUNDESLAND

Schleswig-Holstein

EINWOHNER

ca. 17.000

EINWOHNERDICHTHE

910 EW/km²

JUGENDLICHE (12-27 J.)

ca. 1.600



Thomas Minnerop, Projektleitung

An der Trave 1, 23795 Bad Segeberg

Telefon 04551 944274

thomas.minnerop@vjka.de

WWW.JUGENDGERECHTE-KOMMUNE-SEGEBERG.DE

Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Berlin



BUNDESLAND

Berlin

EINWOHNER

345.024

EINWOHNERDICHTHE

6.499 EW/km²

JUGENDLICHE (12-27 J.)

40.000



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Abteilung Jugend, Umwelt, Gesundheit, Schule und Sport – Jugendamt

Oliver Schmidt, Bereichsleitung Jugend- und Familienförderung

Telefon 030 902772286

oliver.schmidt@ba-ts.berlin.de

WWW.BERLIN.DE

Bremerhaven



BUNDESLAND

Bremen

EINWOHNER

119.709

EINWOHNERDICHTE

1.173,7 EW/km²

JUGENDLICHE (12–27 J.)

18.389



Amt für Jugend, Familie und Frauen

Hinrich-Schmalfeldt-Straße 30, 27576 Bremerhaven

Jens Oppermann

Telefon 04715 902070, Fax 04715 903502070

jens.oppermann@magistrat.bremerhaven.de

WWW.BREMERHAVEN.DE

Dreieich



BUNDESLAND

Hessen

EINWOHNER

44.000

EINWOHNERDICHTE

752 EW/km²

JUGENDLICHE (12–27 J.)

6.341



Patrick Bessler, Stadt Dreieich

Hauptstraße 45, 63303 Dreieich

Telefon 06103 601236, patrick.bessler@dreieich.de

Dirk Libbach, BIKhaus Dreieichenhain

Hainer Chaussee 72, 63303 Dreieich

Telefon 06103 85987, bikhaus@web.de

WWW.DREIEICH.DE

Finsterwalde



BUNDESLAND

Brandenburg

EINWOHNER

17.175

EINWOHNERDICHTE

220 EW/km²

JUGENDLICHE (12–27 J.)

ca. 2.000



Stadtverwaltung Finsterwalde

Schloßstraße 7/8, 03238 Finsterwalde

Antje Schulz, Jugendkoordinatorin

Telefon 03531 783825, Fax 03531 783112

juko@finsterwalde.de

WWW.FINSTERWALDE.DE

Fürth



BUNDESLAND

Bayern

EINWOHNER

124.171

EINWOHNERDICHTE

1.960 EW/km²

JUGENDLICHE (12–27 J.)

19.200



Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Fürth

Königsplatz 2, 90762 Fürth

Jutta Küppers, Abteilung Jugendarbeit

Telefon 0911 9741557, Fax 0911 9741513

jugendarbeit-fue@odn.de

WWW.JUGENDARBEIT.FUERTH.DE & WWW.ECHT-FUERTH.DE

Hannover


BUNDESLAND

Niedersachsen

EINWOHNER

537.738

EINWOHNERDICHTE

2.607 EW/km²

JUGENDLICHE (12–27 J.)

103.426


Landeshauptstadt Hannover

Fachbereich Jugend & Familie, Bereich Kinder- und Jugendarbeit

Ihmepassage 7, 30449 Hannover

Telefon 0511 16840393, 51.5@hannover-stadt.de

www.facebook.com/jugendlebtstadt

WWW.HANNOVER.DE (STICHWORT: JUGEND LEBT STADT)

Stadtteil Barmbek-Nord, Hamburg-Nord


BUNDESLAND

Hamburg

EINWOHNER

40.231

EINWOHNERDICHTE

10.478 EW/km²

JUGENDLICHE (12–27 J.)

8.129


Bezirksamt Hamburg-Nord

Dr. Sabine Kuss, Fachamt Sozialraummanagement

Telefon 040 428042628

sabine.kuss@hamburg-nord.hamburg.de

WWW.HAMBURG-NORD.HAMBURG.DE

Leipzig



BUNDESLAND

Sachsen

EINWOHNER

588.621

EINWOHNERDICHTE

1.979 EW/km²

JUGENDLICHE (12-27 J.)

101.955



Stadt Leipzig – Amt für Jugend, Familie und Bildung

Goerdelerring 20, 04109 Leipzig

Nicole Netwall, Geschäftsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung

Telefon 0341 1231147, Fax 0341 1231145

nicole.netwall@leipzig.de

WWW.LEIPZIG.DE

Landkreis Merzig-Wadern



BUNDESLAND

Saarland

EINWOHNER

103.520

EINWOHNERDICHTE

186 EW/km²

JUGENDLICHE (12-27 J.)

15.500



Landkreis Merzig-Wadern – Sachgebiet Jugendarbeit

Bahnhofstraße 44, 66663 Merzig

Klaus Neusius, Telefon 06861 80239, k.neusius@merzig-wadern.de

Jugendbüro Perl-Mettlach

Schmiedewäldchen 9a, 66693 Mettlach-Orscholz

Jenny Lauer, Tel. 06865 9116932, jugendbuero-perl-mettlach@merzig-wadern.de

WWW.FACEBOOK.COM/JUGENDARBEIT.MERZIGWADERN

Naumburg



BUNDESLAND

Sachsen-Anhalt

EINWOHNER

33.675

EINWOHNERDICHTE

259 EW/km²

JUGENDLICHE (12–27 J.)

4.297



Stadtverwaltung Naumburg

Markt 1, 06618 Naumburg

Steffi Schikor, Telefon 03445 273113, steffi.schikor@naumburg-stadt.de

Susanne Rieske, Telefon 03445 273416, susanne.rieske@naumburg-stadt.de

www.facebook.com/Jugendparlament-Naumburg

WWW.NAUMBURG.DE

Rostock



BUNDESLAND

Mecklenbg.-Vorpommern

EINWOHNER

206.000

EINWOHNERDICHTE

1.136,7 EW/km²

JUGENDLICHE (12–27 J.)

32.300



Hansestadt Rostock – Amt für Jugend, Soziales und Asyl

St.-Georg-Str. 109, Haus II, 18055 Rostock

Andrea Wehmer

Telefon 0381 3811066, andrea.wehmer@rostock.de

Robert Petzold

Telefon 0381 3815015, robert.petzold@rostock.de

WWW.ROSTOCK.DE

Landkreis Sömmerda



BUNDESLAND

Thüringen

EINWOHNER

70.600

EINWOHNERDICHTE

88 EW/km²

JUGENDLICHE (12-27 J.)

7.990



Landratsamt Sömmerda – Jugendamt

Wielandstraße 4, 99610 Sömmerda

Anja Greiner-Stöffele

Telefon 03634 3540, Fax 03634 354146

jugendamt@lra-soemmerda.de

WWW.LRA-SOEMMERDA.DE

Kreis Steinfurt



BUNDESLAND

Nordrhein-Westfalen

EINWOHNER

437.127

EINWOHNERDICHTE

244 EW/km²

JUGENDLICHE (12-27 J.)

78.750



Kreis Steinfurt – Team Kinder- und Jugendförderung

Iris Echterhoff

Telefon 02551 692441, iris.echterhoff@kreis-steinfurt.de

Ludger Vorndieck

Telefon 05482 703202, ludger.vorndieck@kreis-steinfurt.de

WWW.KREIS-STEINFURT.DE

Trier


BUNDESLAND

Rheinland-Pfalz

EINWOHNER

113.988

EINWOHNERDICHTE

 981 EW/km²
JUGENDLICHE (12–27 J.)

28.459


Rathaus der Stadt Trier – Jugendhilfeplanung

Am Augustinerhof, Verwaltungsgebäude II, 54290 Trier

Graiswin Kattoor

Telefon 0651 7183567

graiswin.kattoor@trier.de

WWW.TRIER.DE

Nachhaltigkeitsregion FÜNF G

ALDINGEN, DEISSLINGEN, DENKINGEN, FRITTLINGEN UND WELLENDINGEN


BUNDESLAND

Baden-Württemberg

EINWOHNER

20.800

EINWOHNERDICHTE

 220 EW/km²
JUGENDLICHE (12–27 J.)

1.450


Geschäftsstelle NI-Region FÜNF G

Frank Nann

nann@denkingen.de

Kontakt ist auch über die Webseiten der Gemeinden Aldingen, Deißlingen, Denkingen, Frittlingen und Wellendingen möglich.

Jugendstrategie 2015–2018

Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft

Die Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) orientiert sich an den Grundsätzen der Eigenständigen Jugendpolitik und steht unter dem Leitmotiv *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft*. Das Ziel ist eine Gesellschaft, die die junge Generation an allen Entscheidungen beteiligt, die sie betreffen, und die allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gute Bedingungen bietet, um die Herausforderungen der Lebensphase Jugend zu meistern. Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht es darum, eine Allgemeinbildung sowie soziale und berufliche Handlungsfähigkeit zu erlangen (Qualifizierung), für sich selbst Verantwortung zu übernehmen (Verselbstständigung) und eine Balance zwischen individueller Freiheit und sozialer Zugehörigkeit und Verantwortung zu entwickeln (Selbstpositionierung).

In den vier zentralen Handlungsfeldern der Jugendstrategie geht es um:

- **wirkungsvolle Jugendbeteiligung,**
- **Zeiten und (Frei-)Räume,**
- **Perspektiven und Teilhabe sowie**
- **vielfältige Jugendbilder.**

Mit der Jugendstrategie sollen die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher und junger Erwachsener für Politik und Gesellschaft sichtbar werden. Es geht darum, Jugendpolitik ein breites Forum zu geben, Handlungsbedarfe zu diskutieren und konkrete Maßnahmen zur ergreifen. Das Bundesjugendministerium setzt sich für eine ressortübergreifende jugendgerechte Politik ein und lädt kommunale, regionale, nationale und europäische Akteure zur Mitwirkung ein.

Die Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* ist zentrale Partnerin des Bundesjugendministeriums bei der Umsetzung der Jugendstrategie und bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ beheimatet. Ihre Aufgaben sind die bundesweite Verbreitung der *Eigenständigen Jugendpolitik*, die Vernetzung der Akteure auf Bundesebene sowie die Öffentlichkeitsarbeit für die Jugendstrategie.



Planungsstab der Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft*



Die Entwicklungen in den Referenzkommunen sowie Meilensteine und Herausforderungen im Prozess *Jugendgerechte Kommune* wurden im Planungsstab regelmäßig beraten und fortentwickelt. Der Planungsstab ist der Ort, an dem sich Vertreterinnen und Vertreter der zentralen Gestaltungspartner der Jugendstrategie austauschen und vernetzen, das Gremium kam fünfmal jährlich zu Sitzungen zusammen. Der Planungsstab hat die Aktivitäten der Koordinierungsstelle intensiv begleitet und die Entwicklungen der Jugendstrategie und ihrer Einzelvorhaben diskutiert.

Neben Berichten und Analysen wurden auch spezifische Themen aus den Referenzkommunen, wie beispielsweise Jugendbeteiligung am Prozess oder Verankerungsmöglichkeiten von Jugendgerechtigkeit vor Ort besprochen.

Dem Planungsstab gehörten von 2015 bis 2018 folgende Institutionen und Organisationen an:

- **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ**
- **Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege**
- **Bundesjugendkuratorium**
- **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
- **Deutscher Bundesjugendring**
- **Deutscher Landkreistag**
- **Deutscher Städte- und Gemeindebund**
- **Deutscher Städtetag**
- **Deutsches Jugendinstitut**
- **JUGEND für Europa**
- **Oberste Landesjugendbehörden**

Lektüre- und Materialhinweise

MATERIALIEN AUS DEM PROZESS JUGENDGERECHTE KOMMUNEN DER KOORDINIERUNGSSTELLE HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT (HRSG.):

Merkmale jugendgerechter Kommunen, 2016
unter www.jugendgerecht.de/jugendgerechte-kommunen/jugendgerecht-vor-ort/merkmale-jugendgerechter-kommunen

Jugendgerechte Kommunen – Ein Begleit- und Peer-Learning-Prozess mit 16 Referenzkommunen von 2015 bis 2018, 2017
unter www.jugendgerecht.de/downloads/2017_Broschuere_Jugendgerechte_Kommunen.pdf

Leitfragenkatalog für eine nachhaltige jugendgerechte Kommunalentwicklung, 2016
unter <http://werkzeugbox.jugendgerecht.de/politik-verwaltung/strategien-fuer-nachhaltigkeit/wie-kann-der-prozess-auf-den-weg-gebracht-werden->

Dokumentation zum Jugendworkshop: Wie ist es, heute jung zu sein? Und was macht eine Kommune jugendgerecht?, Juni 2015
unter www.jugendgerecht.de/downloads/Dokumentation_Jugendworkshop_Layout_End.pdf

Onlinemagazine Nr. 3 und 14 zum Schwerpunktthema Jugendgerechte Kommunen, 2015/2018
unter www.jugendgerecht.de/aktuelles/onlinemagazin

HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZUR JUGENDSTRATEGIE UND JUGENDPOLITIK

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): **Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft – Die Jugendstrategie 2015–2018**, 2017
www.bmfsfj.de/blob/115544/e5d2bcd8918db3e0d8384058cbd09906/handeln-fuer-eine-jugendgerechte-gesellschaft-die-jugendstrategie-2015-2018-data.pdf

Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* (Hrsg.): **Was ist die Jugendstrategie?**, Videoclip, 2017, unter www.jugendgerecht.de

Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* (Hrsg.): **Stimmen aus der Jugendkonferenz zur Jugendstrategie**, Videoclip, 2016
unter www.jugendgerecht.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): **Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 15. Kinder- und Jugendbericht – und Stellungnahme der Bundesregierung**, Berlin 2017/Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode – Drucksache 18/11050
unter www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): **Jugend ermöglichen! Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht**, Berlin 2017
unter www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/jugend-ermoenlichen-/114192

PUBLIKATIONEN AUS HANDLUNGSFELDERN DER JUGENDSTRATEGIE

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): **Jugend-Demografie-Dialog – Jugendbeteiligung als Zukunftsstrategie zur Gestaltung des demografischen Wandels in ländlichen Regionen**, 2018
unter www.bmfsfj.de/blob/122044/dbbfeea04cad50744f7c68267fe55fdb/jugend-demografie-dialog-broschuere-data.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): **Jugend gestaltet Zukunft. Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen. Handlungsempfehlungen für die Demografiestrategie der Bundesregierung**, Berlin 2017
unter www.bmfsfj.de/blob/115296/531fd633e294378bee2e9a973d40fdd0/20160314-jugend-gestaltet-zukunft-handlungsempfehlungen-data.pdf

IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (Hrsg.): **Handreichung Internationale Jugendarbeit kommunal verankern**, 2016
unter <http://werkzeugbox.jugendgerecht.de/politikverwaltung/heimat-fuer-jugend/wie-foerdern-wir-nachhaltig-die-internationale-jugendarbeit-vor-ort->

jugend.beteiligen.jetzt (Hrsg.): **Online-Entscheidungshilfe für digitale Tools zur Jugendbeteiligung**, 2017
unter <https://jugend.beteiligen.jetzt/werkzeuge/entscheidungshilfe>

Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* (Hrsg.): **Innovationsfonds zur Förderung der Eigenständigen Jugendpolitik: Projektdokumentation des Förderzeitraums 2014–2016**, 2017
unter www.jugendgerecht.de/downloads/screen_broschuere_innofonds.pdf

Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* (Hrsg.): **»Die Jugend von heute« – Die Wahrnehmung von Jugend in der Öffentlichkeit**, Videoclip, 2017, unter www.jugendgerecht.de

Werkstatt MitWirkung (Hrsg.): **Zusammenstellung bestehender Qualitätskriterien für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**, 2014
unter <https://mitwirkung.dbjr.de/beteiligung/qualitaetsstandards>

ANSPRECHPARTNER IN DEN LÄNDERN

Landesweite Servicestellen Jugendbeteiligung – Übersicht zu Online-Auftritten:
<http://werkzeugbox.jugendgerecht.de/fachkraefte/mitwirkung-und-teilhabe/wer-kann-mich-unterstuetzen->

WEITERE LINKTIPPS

Informationen zur Jugendwahl U18 für Kommunalwahlen: www.u18.org

Informationen zur Durchführung des Jugend-Checks auf Bundesebene: www.jugend-check.de

Vielfältige Materialhinweise und Empfehlungen für Jugendliche, Fachkräfte, Politik und Verwaltung:
www.werkzeugbox.jugendgerecht.de

IMPRESSUM

Diese Dokumentationsbroschüre der Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* ist unter Mitwirkung der Akteure aus allen 16 Kommunen entstanden, die sich am Prozess *Jugendgerechte Kommunen* im Rahmen der Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015–2018) beteiligen.

Herausgeber

Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft*

c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

T +49 30 40040-230

F +49 30 40040-232

koordinierungsstelle@jugendgerecht.de

Rechtsträger: Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für

Kinder- und Jugendhilfe e.V.

V.i.S.d.P.: Peter Klausch

Redaktion: Dr. Anna Grebe, Nils Rusche, Heidi Schulze (Koordinierungsstelle)

Bildnachweis: Uwe Anspach (S. 4, 30, 33, 86), Benno Krähahn (S. 6), Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (S. 7), Bernhardt Link (S. 8 r.), Sven Brauers (S. 12, 15, 24, 27, 56, 58, 60, 62, 74), Jonas Walzberg (S. 22, 36, 70, 87), Zukunftswerkstatt Merzig (S. 41), Stadt Sömmerda (S. 51), Arne Marena (S. 55), Isabel Kiesewetter (S. 72), commons.wikimedia.org (Dirk Ingo Franke/S. 78, Mätes II./S. 80, September9/S. 80, Michael Sander/S. 84, Derburgimwalder S. 84), Claus Harlandt (S. 78), Helmut Gross (S. 79), Pixabay (khfalk/S. 79, falco/S. 81, lapping/S. 83), Depositphotos (Sergiy Nykonenko/S. 81), Michael Bader (S. 82), Landkreis Merzig-Wadern (S. 82), Thomas Hänzschel (S. 83), Stadt Trier/ttm GmbH (S. 85), Schwarzwert Naturfotografie (S. 85), Titelbild und Kapitelbilder unter Verwendung einer Grafik von the8monkey.gmail.com/Depositphotos

Gestaltung: Bettina Schmiedel, mondsilber.de

Druck: print24, Radebeul

August 2018

GEFÖRDERT VOM

IM RAHMEN DER



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



JUGENDSTRATEGIE 2015–2018

HANDELN FÜR EINE
**JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT**



